

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 03

UNSERE SICHT

Putins Weltbild
ist paranoid und
imperialistisch

IWF

Lehren aus der
Argentinien-
Rettungsaktion

SCHULSYSTEM

Geflüchtete können
sich in Deutschland nur
schwer zurechtfinden



Meinungsfreiheit

NATIONALISTISCHE KRIEGSFÜHRUNG

Angriff auf die gesamte Menschheit

Der russische Angriff auf die Ukraine ist völlig unakzeptabel. Was Präsident Wladimir Putin sagt, weist auf ein paranoides und imperialistisches Weltbild hin.

Von Hans Dembowski

Putin behauptet, sein Land habe Anspruch auf eine Einflussosphäre, deren Grenzen die des kolonialen Zarenreichs sind. Diese Sphäre verteidige er nun militärisch. Sein Angriff auf einen souveränen Nationalstaat ist aber nicht defensiv, sondern pure Aggression.

Sein Argument, die Regierung der Ukraine sei eine Marionette der NATO, ist absurd. Hat die NATO nicht genug klargemacht, dass sie für die Ukraine keinen Krieg führen will? Und hat sie sich deren Beitrittswunsch nicht deutlich genug verschlossen? Es gibt keine Beitrittsgespräche. Die NATO beharrt lediglich darauf, langfristig müsse die Ukraine selbst entscheiden dürfen, welchen Allianzen sie angehören will. Tatsächlich wuchs das anfänglich unentschlossene Interesse der Ukraine an NATO-Mitgliedschaft rasant in Folge der Krim-Donbass-Krise, in der Russland vor acht Jahren erstmals gewalttätig in innere Angelegenheiten des Nachbarlands eingriff. Putins Politik hat die NATO attraktiv gemacht und erneuert nun ihre Existenzgrundlage.

Wer lange sagte, Russland fühle sich zurecht von NATO-Aspirationen an den Grenzen bedroht, hat ein böses Erwachen erlebt. Die NATO akzeptiert das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Kreml tut das nicht. Tatsächlich hat Putin vor der „Soft Power“ des Westens sogar mehr Angst als vor seiner „Hard Power“. Ihm schwant, dass sich Russen etwas Besseres als Kleptokratie und Oligarchen-Herrschaft wünschen werden, sollte Demokratie irgendwo im früheren Ostblock – beziehungsweise Machtbereich des Zaren – gelingen.

Innenpolitisch agiert Putin schon lange autoritär, repressiv und verlogen. Er missachtet Menschenrechte. Andersdenkende werden nicht nur eingeschüchtert, sondern auch zum Schweigen gebracht. Die Leute sollen nationalistischer Propaganda glauben, ohne die historische Wahrheit zu kennen. Russische Geheimdienste haben sogar im Ausland Mordanschläge verübt.

WELTWEITE AUSWIRKUNGEN

Bürgerkriege haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Länder verheert, aber Kriege zwischen Staaten waren selten geworden. Anders als bei den von den USA angeleiteten Invasionen in Afghanistan und Irak gibt es diesmal auch gar nicht den Anspruch, irgendwie das Weltinteresse zu vertreten. Es ist ausgeschlossen, dass der UN-Sicherheitsrat diesem Angriff rückwirkend ein Mandat erteilt, wie das etwa im Falle des Kosovo geschah. Moskaus aktuelles Handeln entspricht dem imperialistischen Nationalismus, der Europa vor dem Zweiten Weltkrieg prägte. Die Gewalt wird eskalieren, das Blutvergießen wird schrecklich. In einer wichtigen Hinsicht ist Kriegsführung heute aber schlimmer als in vergangenen Jahrhunderten.



Mumbai, 24. Februar 2022: Reaktion eines Kunstlehrers auf den Angriff auf die Ukraine.

Wir leben in der Klimakrise. Wenn die internationale Gemeinschaft sie nicht in den Griff bekommt, werden die Umweltprobleme schnell zunehmen und unter anderem noch mehr Gewaltkonflikte auslösen.

Krieg verschärft die Klimakrise. Militäroperationen richten gewaltige Schäden an, sind aber energieintensiv. Null-Emissionen stehen auf der Sorgenliste kämpfender Soldaten weit unten. Destruktiverweise lenkt der Gewaltkonflikt die Weltgemeinschaft von der Dringlichkeit des Klimaschutzes ab. Es ist kein Zufall, dass Russland vom Export fossiler Brennstoffe abhängt. Putin hat nie Interesse an Klimathemen gezeigt, und in seinem Verfolgungswahn hält er sie möglicherweise nur für Komponenten einer großen antirussischen Verschwörung. Wissenschaftlich steht aber fest, dass sich das Weltklima erhitzt – und die Zeit zum Gegensteuern ausläuft.

Die Menschheit braucht globale Kooperation, um globale Probleme zu meistern. Als Kenias Botschafter Martin Kimani vor Kriegsbeginn in der Ukraine im Weltsicherheitsrat sprach, sagte er, afrikanische Grenzen spiegelten vergangene Kolonialreiche wider, zerschnitten aber typischerweise die Gegenden, in denen bestimmte Gemeinschaften leben. Daraus folgt, dass für die Wahrung von Frieden und anderen öffentlichen Gütern grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Integration nötig sind.

Kimani appellierte zu Recht an alle Regierungen, den Multilateralismus zu schützen. In Zeiten globaler Probleme ist nationalistische Kriegsführung ein Angriff auf die gesamte Menschheit.



HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Editorial

- 4 **JÖRG DÖBEREINER**
Schutz der Meinungsfreiheit als Aufgabe von Demokratien

Magazin

- 5 **INTERVIEW MIT SVENJA SCHULZE**
Entwicklungspolitische Ziele der neuen Bundesministerin
- 7 **JOSÉ SIABA SERRATE**
Der riesige IWF-Kredit für Argentinien war fehlkonzipiert
- 8 **KATHRIN BERENSMANN**
Insolvenzverfahren für souveräne Staaten umsetzen
- 10 **INTERVIEW MIT CARLOS ALBERTO MARINHO CIRINO**
Was Migration von Angehörigen indigener Völker aus Venezuela nach Brasilien so besonders macht
- 12 **SABRINA FERRAZ GUARINO**
Viele Barrieren für Geflüchtete im deutschen Bildungssystem
- 14 **IMPRESSUM / DASMANI LAARY**
Heutzutage: Teenagerschwangerschaften in Ghana

Debatte

- 15 **ALAN ROBLES**
Bei den Wahlen könnte philippinische Demokratie genesen
- 16 **CONRAD SCHETTER UND KATJA MIELKE**
Trotz Taliban verdient Afghanistan Unterstützung

Schwerpunkt: Meinungsfreiheit

- 19 **EMMALYN LIWAG KOTTE**
Warum die unabhängige Website Rappler auf den Philippinen unverzichtbar geworden ist
- 21 **ARFA KHANUM SHERWANI**
Hasspropaganda prägt öffentliche Debatten in Indien und befeuert den Hindu-Chauvinismus
- 23 **INTERVIEW MIT HUGH WILLIAMSON**
Wie die Lage in Osteuropa und Zentralasien in Bezug auf Rede- und Meinungsfreiheit aussieht
- 25 **NDONGO SAMBA SYLLA UND HANS DEMBOWSKI**
Wirtschaftliche Interessen verzerren öffentlichen Diskurs – und zwar besonders auf Social-Media-Plattformen
- 28 **DASMANI LAARY**
In Ghana regt sich vehementer Protest gegen Verhaftungen von Medienschaffenden
- 30 **JEFFREY MOYO**
Unser Autor aus Simbabwe kam aus fadenscheinigen Gründen in Haft, er beschreibt, wie es dort zugeht
- 31 **MAREIKE ILSEMANN**
Philipp Schwartz-Initiative bringt gefährdete Wissenschaftler nach Deutschland in Sicherheit
- 33 **JÖRG DÖBEREINER**
Fachliteratur: Reporter ohne Grenzen hat noch nie so viele inhaftierte Journalisten gezählt wie jetzt

SCHWERPUNKT


Meinungsfreiheit

Menschen müssen ihre Meinung frei äußern dürfen und sie sich kompetent bilden können. Für Letzteres sind Qualitätsmedien unerlässlich. Zugleich muss es Grenzen geben für Beleidigung und Verschwörungserzählungen. Das Internet ist ein zweischneidiges Schwert: Einerseits bietet es enorme Möglichkeiten, demokratische Werte zu transportieren. Das tun etwa Websites, die autoritären Regimen die Stirn bieten. Andererseits gedeihen Lügen und Desinformation im digitalen Raum besonders gut – auch weil sich der Rechtsstaat dort noch nicht stark genug durchsetzt.

Titelseite: Maria Ressa, Friedensnobelpreisträgerin 2021.
Foto: Andreas Gebert/picture-Alliance for DLD/Hubert Burda Media





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Meinungsfreiheit beginnt auf Seite 15. Er hat direkten Bezug zum 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.**

Unabhängiger Journalismus braucht Wertschätzung und Unterstützung. Und mündige Bürgerinnen und Bürger benötigen Medienkompetenz. Sie sollten wissen, was vertrauenswürdige von dubiosen Quellen unterscheidet.

Auch der Rechtsstaat ist in der Pflicht. Es ist seine Aufgabe, sich auch im digitalen Raum durchzusetzen und Social-Media-Plattformen für deren Inhalte in die Verantwortung zu nehmen. Bislang bieten sie denen zu viel Raum, die Fakten verdrehen, andere beleidigen und Hass schüren. Letztlich muss allen klar sein: Intransparente Algorithmen von Privatkonzernen bestimmen, was auf unseren Social-Media-Feeds auftaucht. Die Geschäftsmodelle dieser Firmen sind auf Profitmaximierung angelegt – nicht darauf, das Gemeinwohl zu fördern.

Auf sie dürfen wir uns nicht verlassen, wenn es darum geht, die Meinungsfreiheit zu schützen. Das ist vielmehr die Aufgabe des demokratischen Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger. Und sie beginnt jeden Tag von Neuem.

Eine ewige Aufgabe

Kein Menschenrecht hat größere Sprengkraft als die freie Meinungsäußerung. Autoritäre Machthaber fühlen sich zu Recht von ihr bedroht. Deshalb wenden sie auch heute ihre bekannten Methoden an: Sie drangsaliieren unabhängige Medien, sperren Oppositionelle ein, verbieten zivilgesellschaftliche Organisationen und zensieren das Internet massiv.

In Demokratien ist die Meinungsfreiheit naturgemäß größer – aber nicht zügellos. Die Grenzen der freien Rede verlaufen dort, wo sie die Rechte anderer oder demokratische Grundprinzipien verletzt. Deshalb ist es verboten, andere zu beleidigen. In Deutschland darf außerdem der Nationalsozialismus nicht verherrlicht werden. Innerhalb solcher Grenzen erfüllt die kontroverse gesellschaftliche Debatte eine zentrale Aufgabe: Sie ermöglicht freies politisches Engagement. Dafür ist ein vielfältiges, hochwertiges Informationsangebot nötig. Sich eine fundierte Meinung bilden zu können ist ebenso wichtig, wie diese dann auch äußern zu dürfen.

Der zuverlässigste Garant dafür ist der unabhängige Qualitätsjournalismus. Ihn zeichnet unter anderem aus, dass er Fakten achtet, Quellen nennt und vielfältige Perspektiven zeigt. Demokratien müssen

ihn gegen Angriffe verteidigen. Es ist zum Beispiel unerträglich, dass kriminelle Banden in Mexiko immer wieder Medienschaffende ermorden – und Täter straffrei bleiben. Deutschland steht im internationalen Vergleich in punkto Pressefreiheit zwar gut da. Doch auch hierzulande werden Berichterstattende beleidigt, bedroht oder sogar körperlich angegriffen, beispielsweise bei Demonstrationen von Rechtsextremen.

Besonders leicht überschreiten lassen sich die Grenzen der Meinungsfreiheit im Internet. Wo Trolle gegen Minderheiten hetzen, Fake News verbreiten und fundierte Meinungsbildung untergraben, ist oft die Demokratie selbst bedroht. Der Sturm auf das US-Kapitol im Januar 2021 wurde auf Social Media organisiert. Auf der anderen Seite dienen Facebook, Instagram, Twitter und Co. durchaus auch zur Verbreitung demokratischer Ideale. Beispielsweise vernetzt sich so in Myanmar der zivile Widerstand gegen die Militärregierung.

Wer das Glück hat, in einer Demokratie zu leben, sollte sich solidarisch zeigen mit jenen, die in autoritären Regimen für mehr Freiheit kämpfen. Mindestens genauso wichtig ist es aber, die Freiheit von Meinungsbildung und -äußerung dort zu verteidigen, wo sie juristisch bereits gilt.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit / **D+C Development and Cooperation.**

euз.editor@dandc.eu

PS: Russlands Angriff auf die Ukraine betrifft direkt den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Um die Meinungsfreiheit in Russland steht es schlecht. Tausende Menschen wurden dort bereits bei Anti-Kriegs-Protesten festgenommen, wie das unabhängige Menschenrechtsprojekt OVD-Info berichtet. Putins Regime verbietet es Medien, Begriffe wie „Invasion“ zu verwenden. Zugleich wird den Staatssendern RT und Sputnik seit Jahren Propaganda und Desinformation auch im Ausland vorgeworfen. Unabhängige Medien arbeiten in Russland dagegen unter hohem Risiko, etwa die Zeitung „Nowaja Gaseta“, deren Chefredakteur Dmitri Muratow 2021 den Friedensnobelpreis erhielt.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



Ministerin Svenja Schulze mit WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Januar 2022.

DEUTSCHE POLITIK

Für eine gerechte Welt

Die Ampelkoalition regiert Deutschland seit Anfang Dezember. Im Kabinett ist jetzt Svenja Schulze für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig. Im E+Z/D+C-Interview erläutert sie ihre Prioritäten. Dieses Interview wurde kurz vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine fertiggestellt.

Svenja Schulze im Interview mit Hans Dembowski

Die Weltgemeinschaft steckt in einer mehrdimensionalen Krise. Wir müssen unter anderem globale Erhitzung und Artenschwund bekämpfen, Volkswirtschaften nach dem Corona-Einbruch ankurbeln und zugleich pandemiebedingte Schuldenprobleme reduzieren und obendrein Gesundheitswesen stärken. Welche Unterstützung brauchen Entwicklungs- und Schwellenländer in dieser Situation?

In der akuten Pandemiewelle ging es stark um unmittelbare Nothilfe. Jetzt kommen wir wieder in eine Phase, in der wir einen stärkeren Fokus auf nachhaltige Investitionen legen können, die die Entwicklungs- und Schwellenländer resilienter machen gegen künftige Schocks und die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitragen. Ich

denke da ganz konkret an den Aufbau einer eigenen Impfstoffproduktion in Afrika oder Unterstützung bei der sozialverträglichen Energiewende. Daneben hat die Pandemie auch erschreckend deutlich gemacht, dass es in den ärmeren Ländern kaum soziale Sicherungsnetze gibt. Auch das ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam angehen müssen.

In welchem Maße geht es hierbei um Official Development Assistance, für die das Versprechen gilt, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung aufzuwenden? Und in welchem Maße sind andere internationale Zahlungsströme nötig, wie etwa Schuldenerlasse, Sonderziehungsrechte, Klimafinanzierung oder sogar Entschädigungen für Verbrechen der Kolonialzeit?

Die Herausforderungen sind gewaltig. Daher müssen wir alle möglichen Finanzierungswege nutzen. Ich denke dabei zum Beispiel auch an Investitionen der Privatwirtschaft. Ein großer Teil unseres Engagements, zum Beispiel im Bereich Verwaltungsreformen, zielt ja darauf ab, die Bedingungen für Auslandsinvestitionen in unseren Partnerländern zu verbessern. Das schafft auch dringend benötigte Arbeitsplätze und stärkt die

Fähigkeit der Staaten, sich durch Steuereinnahmen selbst zu finanzieren.

Das Thema Schuldenerlasse wird in nächster Zeit sicherlich auch wieder auf die Agenda kommen. Viele Staaten haben zusätzliche Schulden aufgenommen, um die Pandemiekosten zu finanzieren. Jetzt sehen sie sich steigenden Zinsen gegenüber. Das könnte in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu neuen Finanzkrisen führen. Hier müssen die Gläubigerationen frühzeitig gegensteuern. Bei den Sonderziehungsrechten sind wir in Deutschland in einer besonderen Situation. Ich würde mir die Nutzung von Sonderziehungsrechten aus Deutschland wünschen. Die Bundesbank lehnt dies aber aus grundsätzlichen Erwägungen bislang ab, und ich muss die Unabhängigkeit der Bundesbank auch in dieser Frage respektieren. Jedenfalls finde ich es ausdrücklich gut, dass andere Länder, die nicht solche Begrenzungen haben, hier mit der Nutzung von Sonderziehungsrechten vorangehen.

Wie lässt sich sicherstellen, dass arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen – etwa Frauen, ethnische und religiöse Minderheiten oder die Bevölkerung von Elendsvierteln – nicht im Stich gelassen werden? Wir müssen genau hinsehen und entschlossen handeln. Menschen werden aus verschiedenen Gründen benachteiligt – zum Beispiel aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ethnischen Zugehörigkeit, ihres Alters oder auch ihres Wohnorts. Auch staatliche Strukturen können benachteiligend wirken, etwa wenn Gesetze und Institutionen die Teilhabe bestimmter Gruppen einschränken oder Ungleichheiten nicht effektiv genug entgegenwirken.

Die UN-Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) ist hier die handlungsleitende Richtschnur unserer Entwicklungspolitik. Dazu gehört das klare Bekenntnis zum Prinzip *Leave No One Behind*, also der Verpflichtung, die am meisten benachteiligten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und niemanden zurückzulassen. Das ist unser Anspruch und unsere Verantwortung gegenüber den Menschen in unseren Partnerländern, aber auch in den Strukturen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Gleiche Rechte, Chancen und Repräsentanz für alle, vor allem beim Zugang zu Ressourcen, Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherung, gesunder

Ernährung und gesellschaftlicher Teilhabe sind für uns von fundamentaler Bedeutung.

Welche Rolle kommt dabei jeweils Nationalstaaten, Regionalorganisationen und multilateralen Institutionen zu?

Es ist ganz klar, dass wir mehr internationale Zusammenarbeit brauchen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig multilaterale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) und die Impfallianz Gavi für die Koordinierung von Fragen der globalen Gesundheit, aber auch für ganz praktische Dinge wie die Verteilung von Impfstoffen sind. Auch die Weltbank oder UNICEF haben viel getan, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie in den Entwicklungsländern abzufedern. Darauf müssen wir aufbauen und diese Organisationen weiter stärken. Wie wichtig Regionalorganisationen sind, hat jüngst erst der EU-AU-Gipfel gezeigt. Es ist daher unser Ziel, die regionale Integration unserer Partner weiter zu unterstützen, zum Beispiel bei Projekten wie der afrikanischen Freihandelszone. Bei alledem dürfen wir aber natürlich auch nicht die Nationalstaaten vergessen, denn sie bleiben für die meisten Menschen der wichtigste Bezugsrahmen.

Länder mit hohem Einkommen haben riesige Konjunkturprogramme aufgelegt, aber wenig davon für die Transformation zur ökologischen Nachhaltigkeit genutzt. Zugleich haben sie Impfkampagnen gestartet, von

denen Länder südlich der Sahara bislang nur träumen können. Was können und sollten die G7 künftig anders machen?

Das Motto der deutschen G7-Präsidentschaft lautet „Fortschritt für eine gerechte Welt“. Denn wir wollen unsere Präsidentschaft gerade auch für Fortschritte in den Bereichen globale Impfgerechtigkeit und ökologische Transformation nutzen. Zum Beispiel haben wir im vergangenen Jahr gemeinsam mit anderen G7-Staaten, der EU und der Weltbank eine Partnerschaft mit Südafrika unterzeichnet, um das Land beim sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu unterstützen. Diese Initiative wollen wir jetzt auch auf andere Schwellen- und Entwicklungsländer ausweiten.

Für das globale Gemeinwohl und die Erreichung der SDGs ist globale Zusammenarbeit unverzichtbar. Wie kann sie mit großen, autoritär regierten Ländern wie beispielsweise China oder Russland gelingen, zumal auch andere Regierungen zunehmend nationale Interessen betonen?

Wir müssen auch mit autoritär regierten Ländern, wie zum Beispiel China, zusammenarbeiten, um globalen Herausforderungen zu begegnen und die Agenda 2030 umzusetzen. Denn der Klimawandel oder auch Pandemien machen vor keinem Land halt.

Dazu haben wir mit China ein gemeinsames Zentrum für nachhaltige Entwicklung in Peking gegründet, über das wir zum Beispiel den Dialog mit der chinesischen Entwicklungsagentur zu Standards und Praktiken der Entwicklungszusammen-

arbeit führen und chinesische Unternehmensverbände dabei unterstützen, Nachhaltigkeitsstandards bei deren globalem Engagement zu erhöhen.

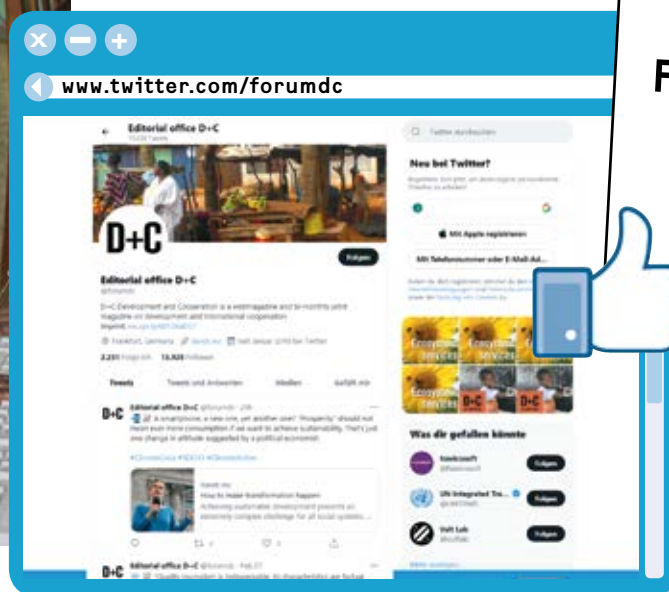
Wir müssen die globale Entwicklungsagenda aber auch zunehmend gegenüber Neuinterpretationen und Vereinnahmung durch einen – mit unseren global vereinbarten Werten nicht zu vereinbarenden – Entwicklungsnarrativ verteidigen. Für unsere Werteorientierung müssen wir, wo immer möglich, gemeinsam und geschlossen mit Partnern in der EU und darüber hinaus eintreten.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele im neuen Amt?

Ich will mich gegen Hunger, Armut und Ungleichheit einsetzen, sozial gerechten Klimaschutz vorantreiben – und ich will eine feministische Entwicklungspolitik betreiben. Das bedeutet, dass wir bei unseren Projekten immer auch darauf achten, Frauen gezielt zu fördern oder mindestens gleichberechtigt einzubinden. Das ist weit mehr als Fürsorge gegenüber Frauen. Starke Frauen machen starke Gesellschaften! Unzählige Studien zeigen, dass es weniger Hunger, weniger Armut und mehr Stabilität gibt, wenn Frauen gleichberechtigt Verantwortung tragen.



SVENJA SCHULZE
ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
www.bmz.de



Folgen Sie uns auf Twitter!
Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.





Corona-Testzentrum in Buenos Aires: Die Pandemie hat die Wirtschaftskrise vertieft.

selbst wenn er von Wirtschaftsreformen begleitet wurde.

Ein weiteres Problem war, dass internationale Anleger den Rettungsschirm an sich beunruhigend fanden. Ihnen war klar, dass er scheitern könnte – und dass ihre eigenen Kredite dann zurückgestellt werden würden, weil multilaterale Institutionen nun mal zuerst bedient werden. Das IWF-Geld floss, obwohl das Vertrauen noch nicht wiederhergestellt war, und die riesige Summe trug selbst zum Scheitern bei.

MANGELHAFTES RISIKOABSCHÄTZUNG

Das IWF-Papier benennt weitere Fehler. So hätte etwa das Risiko des Scheiterns realistischer bewertet werden müssen. Wegen unrealistischer Hoffnungen wurde nicht früh genug erkannt, dass das Konzept fehlschlug. Wenn Staatsfinanzen auf Messers Schneide stehen, ist es besonders wichtig, Warnsignale früh zu erkennen. Die IWF-Autoren schreiben nun, wenn Kreditziele außer Reichweite geraten, müsse die Notbremse gezogen werden.

Aus ihrer Sicht hätte IWF Argentinien auch zu harten Maßnahmen wie etwa Kapitalkontrollen drängen sollen. Es wäre klug gewesen, den Abfluss harter Währungen aus Argentinien zu stoppen. Die Regierung in Buenos Aires wollte das aber nicht, unter anderem, um Zuversicht zu signalisieren. Der IWF gab nach, was im Rückblick falsch war.

Dem IWF-Papier zufolge war es auch leichtsinnig, auf andere sinnvolle Optionen zu verzichten. So hatte der IWF beispielsweise einen Mechanismus vorgeschlagen, um im Krisenfall mildere Rückzahlungsbedingungen aushandeln zu können. Das hätte zum Erfolg führen können, wurde aber von Argentinien ebenfalls abgelehnt.

Verheerenderweise stellte sich der IWF auf eines der größten argentinischen Probleme gar nicht ein – und zwar, dass die Volkswirtschaft zwei Währungen verwendet. Als die Krise 2018 einsetzte, beliefen sich die Schulden überwiegend in Dollar, aber die Wirtschaftsleistung wird in Peso erbracht. War die nationale Währung vor der Krise noch leicht überbewertet, war sie bald darauf deutlich unterbewertet. In Dollar gemessene Verschuldung wuchs, und der Kurs des Peso sank weiter. Entsprechend stieg die Schuldenquote 2018 von 57,1 Prozent auf 86,3 Prozent.

IWF

Eingeständnis des Scheiterns

Bei seinem 57-Milliarden-Dollar-Rettungsschirm für Argentinien hat der IWF viele Fehler gemacht. Nun zieht er Lehren daraus.

Von José Siaba Serrate

Im Juni 2018 lieh der Internationale Währungsfonds (IWF) Argentinien 50 Milliarden Dollar. Später wurde die Summe auf 57 Milliarden Dollar erhöht. Es war das größte Darlehen in der IWF-Geschichte – und das 21. für Argentinien.

Der Rettungsschirm sollte den Kapitalabfluss stoppen, den schwachen Peso stärken und Investoren anlocken. Als Gegenleistung versprach der konservative Präsident Mauricio Macri, die Staatsausgaben zu senken und die Inflation in den Griff zu bekommen.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Kapitalflucht hielt an, der Peso sank weiter und die Verbraucherpreise stiegen schnell. 2019 gewann der linksgerichtete Alberto Fernández die Präsidentschaftswahl und trat im Dezember das Amt an. Seine Regierung kündigte den Vertrag mit dem IWF und begann, Schulden mit Privatanlegern neu zu verhandeln. Der IWF hatte bereits 45 Milliarden Dollar ausbezahlt.

Mittlerweile räumt der IWF das Scheitern seines Rettungsschirms ein. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht konstatiert er, er habe die Ziele nicht erreicht, zu denen die Wiederherstellung des Vertrauens im In- und Ausland sowie Wirtschaftswachstum gehörten.

Den Autoren zufolge hat das Scheitern mehrere Ursachen. Im Kern räumen sie ein, dass der Rettungsschirm falsch konzipiert war. Sie schreiben, die Strategie sei in Relation zu den hohen Risiken „zu fragil“ gewesen. Gemeint ist damit, dass der Fonds zunächst weder die Reichweite noch die Komplexität der argentinischen Probleme richtig einschätzte und später dann nicht angemessen auf das sich schnell verändernde Szenario reagieren konnte.

Die Vorgeschichte ist wichtig. Argentinien erlebte 2001 eine Staatspleite und entkam der finanziellen Quarantäne erst 2016 durch ein Abkommen mit den letzten Kreditgebern. 2017 gelang der Regierung dann erstmals überhaupt die Auflage 100-jähriger Staatsanleihen auf internationalen Finanzmärkten. Schon im April 2018 setzte dann aber eine klassische Anlegerpanik ein. Viele Argentinier wechselten Peso-Guthaben in Dollar um. Folglich sank der Wechselkurs, und die Inflation stieg. Gemessen an der Wirtschaftsleistung, schnellte die in Dollar gemessene Staatsverschuldung hoch, während die Staatsfinanzen auf Pesos beruheten und begrenzt waren. In diesem Kontext war ein riesiger Dollar-Kredit hochriskant,

Das war ein reiner Währungseffekt, der vollständig auf die Abwertung zurückgeführt werden kann. Fiskalpolitik (Steuern und Staatsausgaben) hat darauf kurzfristig keine Wirkung. Ohne festen Wechselkurs ist das Problem zweier Währungen nur schwer lösbar. Die argentinische Regierung wollte aber keinen festen Wechselkurs, weil das in der Finanzkrise von 2001 zur Katastrophe beigetragen hatte. Es hätte in der aktuellen Krise vielleicht funktioniert, den Peso am Anfang stark abzuwerten und dann auf niedrigem Niveau einen festen Wechselkurs einzuführen. Das wurde aber gar nicht versucht, denn der IWF akzeptierte die argentinische Ablehnung, was den möglichen Erfolg untergrub. Das Investorenvertrauen blieb jedenfalls aus.

Letztlich besiegelten aber nicht die Märkte, sondern die Politik das Scheitern des IWF-Kredits. Als Macri 2019 die Vorwahlen verlor, entgleisten die Dinge. Die Kurse von Peso und argentinischen Aktien stürzten ab. Als Risikoprämie wurden für argentinische Staatsanleihen 14 Prozent mehr Zinsen als für US-Bonds gezahlt. In Argentinien änderten dann die Sieger der nationalen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Politik.

Am 24. Juli 2020 kündigte die Fernández-Regierung das Abkommen mit dem IWF.

Dieser Ablauf deckte eine weitere Schwäche der IWF-Politik auf. Der Fonds hatte keinen Plan B für den Fall politischen Wandels. Vor allem die Aussicht auf politische Veränderungen sorgte aber 2019 für Verunsicherung.

Wie viele Volkswirtschaften hat auch die argentinische heftig unter der Covid-19-Pandemie gelitten. Das Land braucht ein neues Abkommen mit dem IWF, und in Grundzügen steht es auch schon. Es wird also bald einen neuen umstrittenen Kredit geben, mit dem der alte bedient wird. Die Argentinienprobleme werden das Ansehen des IWF also weiter belasten.

Das IWF-Dokument zieht klare Lehren. Rettungsschirme müssen den jeweiligen nationalen Bedingungen entsprechen, und dazu gehört die Beachtung des politischen Kontexts. Regierungen brauchen zudem für Schuldenprobleme gut konzipierte Zielmarken, und dabei sind Währungsprobleme zu berücksichtigen. Für den Fall von Finanzkrisen sollten sowohl der IWF als auch seine Kreditnehmer eine Vielfalt von Instrumenten akzeptieren.

Der IWF soll in Krisenzeiten für neue Stabilität sorgen. Die andauernde Krise Argentiniens erfordert viele Mittel in Zeiten, in denen viele Länder mit niedrigen Einkommen Unterstützung brauchen (siehe Beitrag von Kathrin Berensmann unten). Die IWF-Praxis muss weiter verbessert werden, damit sein Geld dahin fließt, wo es am dringendsten gebraucht wird.

LINK

IWF-Evaluierung des Argentinien-Rettungsschirms:

<https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2021/12/22/Argentina-Ex-Post-Evaluation-of-Exceptional-Access-Under-the-2018-Stand-By-Arrangement-511289>



JOSÉ SIABA SERRATE

ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Buenos Aires und der dortigen Privatuniversität des Centre

for Macroeconomic Study (UCEMA). Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rats für Internationale Beziehungen (CARI).

josesiaba@hotmail.com

GLOBAL DEBT GOVERNANCE

Raus aus der Schuldenfalle

Die Covid-19-Pandemie hat die Schuldensituation in vielen Entwicklungsländern erheblich verschlechtert. Laut Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) sind bereits rund 60 Prozent der ärmsten Länder hoch verschuldet, und viele davon können ihre Schulden nicht aus eigener Kraft abbauen. Die Frage ist, wie wir eine Verschuldungskrise verhindern können und wie die globale Schuldenpolitik (Global Debt Governance) ausgestaltet sein soll.

Von Kathrin Berensmann

In der aktuellen Global Debt Governance gibt es kein Verfahren, das die Umstrukturierung von Auslandsschulden eines zahlungsunfähigen gewordenen Staates

rechtzeitig und zügig umsetzt. Im Gegenteil: Langwierige und unregelmäßige Prozesse verhindern laut dem IWF oft eine schnelle Umschuldung, wie in den Fällen Argentinien, Republik Kongo, Tschad und Gambia. Diese sind sowohl für die Gläubiger als auch für die Schuldner häufig sehr kostspielig.

Die Internationale Gemeinschaft hat den Entwicklungsländern infolge der Pandemie nicht nur umfangreiche Finanzmittel bereitgestellt (siehe hierzu meinen Kommentar in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/10), sondern auch neue Instrumente zur Verhinderung und Bewältigung von Überschuldung geschaffen:

- Zum einen hat die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenlän-

der (G20) die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes (Debt Service Suspension Initiative – DSSI) ins Leben gerufen. Das ist ein Schuldenmoratorium für Länder mit niedrigem Einkommen, um kurzfristige Liquiditätsprobleme zu lösen.

- Zum anderen haben die G20 den Gemeinsamen Rahmen für die Behandlung von Schulden über die DSSI hinaus (Common Framework for Debt Treatment beyond DSSI) zur Umstrukturierung und wenn nötig auch zum Erlass von Schulden (siehe hierzu meinen Beitrag in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2020/06) in dieser Ländergruppe eingeführt. Damit sollen Zahlungsunfähigkeit und langwierige Zahlungsschwierigkeiten bewältigt werden (Berensmann et al. 2021).

Während viele einkommensschwache Länder bis Januar 2022 am Schuldenmoratorium teilgenommen haben, haben nur drei Länder, nämlich Tschad, Äthiopien und Sambia, eine Schuldenbehandlung im Rahmen des Common Framework beantragt. Und in diesen Ländern hat sich die Umset-



Lokalzeitung im Tschad – das Land ist hoch verschuldet.

zung laut IWF verzögert. Die Koordinierung der vielen Akteure (Gläubiger und Behörden der verschuldeten Länder) ist sehr schwierig.

Außerdem beteiligen sich die privaten Gläubiger zum Teil nicht. Beispielsweise verzögert sich im Tschad die Umstrukturierung eines umfangreichen privaten Kredits. Ein weiterer Nachteil des Common Framework ist, dass nur Länder mit niedrigem Einkommen teilnahmeberechtigt sind. Laut IWF-Direktorin Kristalina Georgieva müssen schnell Maßnahmen zur Umsetzung des Common Framework getroffen werden (Georgieva/Pazarbasioglu 2021).

INSOLVENZVERFAHREN FÜR STAATEN

Ein zusätzliches Instrument zur Bewältigung von Staatsverschuldungsproblemen könnte ein Insolvenzverfahren für souveräne Staaten sein. Darüber wird seit der Asienkrise Ende der 1990er Jahre intensiv diskutiert. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung spricht sich für die Unterstützung eines solchen Verfahrens aus.

Zum Teil ähnlich wie in einem Insolvenzverfahren für den Privatsektor würde ein Rechtsrahmen für die zahlungsunfähigen Staaten geschaffen, um zu klären, welche Gläubiger in welchem Umfang bedient werden. Solch ein Verfahren hätte Vorteile:

- Es bietet einen vorhersehbaren und transparenten Fahrplan für die Umstrukturierung und wenn nötig auch den Erlass von Schulden. Es kann also schnell und systematisch gehandelt werden.

- Anders als andere Instrumente des Global-Debt-Governance-Systems kann ein Insolvenzverfahren alle Gläubiger mit einbeziehen. Sie werden folglich gleich behandelt. Das Common Framework hingegen betrifft nur Darlehen von bilateralen staatlichen und privaten Gläubigern, nicht aber von multilateralen Finanzinstitutionen. Letztere haben bislang einen bevorzugten Status (preferred creditor status), weil ihre finanzielle Tragfähigkeit als besonders wichtig gilt.
- Ein Insolvenzverfahren würde grundsätzlich für alle Staaten gelten. Am Common Framework hingegen können nur Länder mit niedrigen Einkommen teilnehmen.
- Insolvenzverfahren betreffen sämtliche Schuldenarten (Berensmann 2018).

Trotz der Vorteile bleibt Staatsinsolvenz als Rechtsinstrument umstritten. In der Tat wären solche Verfahren mit einer Reihe von Problemen verbunden. Das Verfahren selbst wäre kompliziert und seine Durchsetzung nach internationalem Recht schwierig. Alle beteiligten Akteure müssten das Verfahren akzeptieren, und alle Staaten müssten es in nationales Recht umsetzen. Und selbst dann wäre noch nicht sichergestellt, dass alle Gläubiger wirklich mitmachen.

Bislang lehnen viele Schuldner- und Gläubigerländer solch ein Verfahren ab. Die Schuldnerregierungen befürchten zum Teil, dass sie den Zugang zu internationalen Kapitalmärkten verlieren könnten, wenn ein Verfahren eröffnet wird. Die Gläubiger ste-

hen einem Insolvenzverfahren häufig kritisch gegenüber, weil es Schuldnerländern einen Anreiz bieten könnte, es zur Umstrukturierung und zum Erlass ihrer Schulden auszunutzen (Berensmann 2018).

Trotz dieser Kritik stellt ein Insolvenzverfahren für Länder ein wichtiges noch fehlendes Instrument der Global Debt Governance dar. Anders ist die zügige und geordnete Um- und/oder Entschuldung unter Beteiligung aller Akteure nicht sicherzustellen.

LITERATUR

Berensmann, K., Chavula, H. K., Chiumia, A., Ekeruche, M. A., Ndung'u, N., Ordu, A., Senbet, L. W., Shimeles, A., 2021: Covid-19: how can the G20 address debt distress in SSA? T20 Policy Brief Task Force 9 "International Finance", September 2021.

Berensmann, K., 2018: The global debt governance system for developing countries: deficiencies and reform proposals. Published on Third World Thematics: A Third World Quarterly (TWQ) Journal, 2 (6), 863-881.

Georgieva, K., und Pazarbasioglu, C., 2021: The G20 common framework for debt treatments must be stepped up. IMF Blog 2. Dezember, Washington D.C.



KATHRIN BERENSMANN ist Senior Researcher und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

kathrin.berensmann@die-gdi.de



Angehörige der Warao aus Venezuela in einer Unterkunft im Norden Brasiliens.

MIGRATION

„Ein Teil der Warao wird bleiben“

Seit etwa fünf Jahren migrieren immer mehr Menschen aus Venezuela in das Nachbarland Brasilien. Unter ihnen sind zunehmend Angehörige indigener Völker. Der Anthropologe Carlos Alberto Marinho Cirino von der Universität des brasilianischen Bundesstaates Roraima erforscht diese relativ neue Migrationsbewegung.

Carlos Alberto Marinho Cirino im Interview mit Lisa Kuner

Rund 5700 Indigene sind bisher aus Venezuela nach Brasilien geflüchtet. Die meisten davon gehören zur Ethnie der Warao, die traditionell im Regenwald Venezuelas lebt. Warum verlassen die Warao gerade jetzt das Land?

Sie sind Opfer der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Krise in Venezuela. Ihre Motivation ist also dieselbe wie bei nichtindigenen Migrantinnen und Migranten. Alle berichten von ähnlichen Problemen: Es gibt kaum Arbeitsplätze, die Lebenshaltungskosten sind hoch, und das Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps. Viele fliehen, weil sie hungern. Bei den Warao kommt hinzu, dass die meisten in den vergangenen Jahrzehnten bereits innerhalb von Venezuela vertrieben wurden. Sie leben längst

nicht mehr auf ihrem traditionellen Land im Delta des Flusses Orinoko.

Wie läuft die Migration ab?

Die Warao überqueren die Grenze zu Brasilien in der Regel bei der brasilianischen Grenzstadt Pacaraima. Während der Pandemie waren die Grenzen geschlossen, deshalb gingen die Zahlen etwas zurück. Dennoch kamen viele in großen Gruppen mit Schleusern. Seit die Grenzen wieder offen sind, kommen wieder mehr Menschen auf legalem Wege. Oft reisen sie nach Boa Vista, der Hauptstadt des Bundesstaates Roraima, und verteilen sich von dort aus über ganz Brasilien. Wie sie aufgenommen werden, hängt sehr von den einzelnen Bundesstaaten ab. In Roraima und auch im angrenzenden Bundesstaat Amazonas gibt es koordinierte Programme und Flüchtlingscamps, geleitet vom brasilianischen Militär und dem Flüchtlingskommissariat der UN (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR). In anderen Staaten gibt es das nicht, dort müssen Städte und Gemeinden eigene Lösungen finden.

Was unterscheidet indigene von nichtindigenen Migranten?

Es gibt viele kulturelle Unterschiede. Sowohl in Brasilien als auch in Venezuela führt das zu Vorurteilen gegenüber Indigenen – aber umgekehrt auch von Indigenen gegenüber Nichtindigenen. Beide Gruppen sind davon überzeugt, dass die jeweils andere aus Banditen besteht, die sie ausrauben wollen. Das führt dazu, dass sie als zwei ziemlich unabhängige Gruppen migrieren. Sie werden auch in getrennten Flüchtlingscamps untergebracht. Anfängliche Experimente mit gemischten Unterkünften führten zu vielen Konflikten. Auch jetzt noch weigern sich manche Indigene, in den Camps zu leben. Sie bleiben lieber auf der Straße oder besetzen leerstehende Häuser.

Woran liegt das?

Die größte Schwierigkeit ist, dass die Form der Unterbringung in den Camps sich von der traditionellen Lebensform der Indigenen stark unterscheidet. Das hat viele Folgen, insbesondere für die psychische Gesundheit der Menschen. Sie müssen in den Camps in einem umzäunten Gebiet leben und sich an Regeln und Normen halten, die aus ihrer Sicht seltsam sind. Wir drücken sie ihnen auf, aber sie passen nicht zu ihrer Lebensform.

Haben Sie Beispiele dafür?

Ja, beispielsweise beschwerten sich viele Indigene über das Essen, das sie in den Camps in Boxen zum Mitnehmen erhalten. Sie sagen, dass sie es nicht gut vertragen. In einigen Fällen haben sie ihre Portionen verkauft

und mit dem Geld Nahrungsmittel gekauft, an die sie gewöhnt sind und die sie für gesünder halten. Ein weiteres Beispiel: Die Warao leben und migrieren in Gruppen von 30 bis 40 Personen mit einem Anführer oder einer Anführerin. Diese Verbände sind ein viel komplexeres Gefüge als das, was wir klassisch unter Familie verstehen. Unser Konzept von der Kernfamilie greift hier nicht.

Immer wieder machen Nachrichten über die Misshandlung von Indigenen in Flüchtlingsunterkünften die Runde. Sind Ihnen auch Beispiele bekannt?

In einem Flüchtlingscamp in Roraima gab es eine „Ecke der Schande“, in der Indigene gegen ihren Willen festgehalten wurden. Diese Vorfälle wurden angezeigt, aber ich habe den Eindruck, dass es daraufhin keine echten Konsequenzen gab.

Gibt es hinsichtlich der Bedürfnisse der Indigenen auch Fortschritte in den Flüchtlingscamps?

Im Großen und Ganzen nicht, aber im Kleinen durchaus. In den Flüchtlingscamps in Roraima haben die Indigenen inzwischen die Möglichkeit, in Gemeinschaftsküchen selbst zu kochen. Man versucht jetzt auch weniger, die Gruppen innerhalb der Camps aufzubrechen, und gibt ihnen zumindest einige Möglichkeiten, sich selbst zu verwalten.

Wie steht es um die Integration der indigenen Migranten?

Zum einen ist es für sie selbst eine riesige Herausforderung, sich an die Lebensumstände in Brasilien anzupassen. Zum anderen stellt das auch alle Verantwortlichen vor Herausforderungen. Migranten aus Venezuela werden normalerweise in Kernfamilien in südlichere Regionen Brasiliens gebracht, wo sich ihnen bessere Möglichkeiten bieten, sich zu integrieren. Das funktioniert für die Warao nicht. Man kann nicht einfach für so große Gruppen eine Wohnung in einer Stadt mieten. Es ist auch relativ schwierig, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, weil manche weder Portugiesisch noch Spanisch sprechen.

Welche Schwierigkeiten mit der Integration gibt es auf gesellschaftlicher Ebene?

Es gibt sehr viele Vorurteile und auch Rassismus. Immer wieder wird kritisiert, dass die Migranten Zugang zu öffentlichen Leistungen bekommen, obwohl manche Brasilianer keinen ausreichenden Zugang dazu

haben. Das öffentliche Gesundheitssystem in Teilen Roraimas ist sehr schlecht, und viele Menschen haben das Gefühl, Venezolaner würden in der Behandlung bevorzugt.



Warao nach ihrer Ankunft in der brasilianischen Grenzstadt Pacaraima.

Es gibt auch immer wieder Beschwerden darüber, dass die Indigenen auf der Straße um Geld betteln.

Wie haben denn die brasilianischen Indigenen auf die Ankunft der Warao reagiert?

Die Indigenen in Roraima haben sie zunächst nicht als Indigene akzeptiert. Auch die indigene Schutzorganisation Fundação Nacional do Índio (FUNAI) fühlte sich nicht zuständig.

Die brasilianische Verfassung erkennt die Rechte von indigenen Völkern und ihre traditionellen Lebensbedingungen an. Gilt das denn nicht für die Geflüchteten?

Als 2015 die ersten Warao ankamen, gab es eine große Diskussion darüber, ob sie dieselben Rechte erhalten sollten wie brasilianische Indigene. Inzwischen werden sie juristisch genauso behandelt, obwohl sie kein traditionelles Land in Brasilien haben. Das war ein Erfolg. Die Warao haben nun neben dem Recht auf Bildung und Gesundheitsversorgung auch das Recht, dass ihre

Traditionen und Kultur geschützt werden. Allerdings zeigt die Altersstruktur in den Unterkünften, dass die meisten indigenen Migranten eher jung sind. Indigene über 50 Jahren migrieren nur sehr selten nach Brasilien. Das hat negative Folgen, denn mit ihnen bleiben oft auch religiöse Führungspersonen und Wissen in Venezuela zurück.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Arbeit der brasilianischen Politik mit den indigenen Flüchtlingen?

Es fehlen auf Dauer angelegte Pläne. Das sind alles eher Soforthilfeprogramme, direkte humanitäre Hilfe. Es traurig und desillusionierend zu sehen, wie die Menschen darum kämpfen, eine Perspektive fürs Leben zu entwickeln.

Nichtindigene Flüchtlinge aus Venezuela sollen langfristig in den formalen brasilianischen Arbeitsmarkt integriert werden. Was ist die langfristige Vision für Indigene wie die Warao?

Die hat gerade noch keiner. Auf nationaler Ebene versuchen wir Lösungen zu finden, die so wenig traumatisierend wie möglich sind. Mir scheint es besonders wichtig, den Warao zuzuhören. Sie haben ein Recht darauf. Derzeit versuchen sie, einen politischen Verband auf nationaler Ebene zu gründen, um sich besser zu artikulieren. Aber auch die Warao selbst müssen erst noch eine genauere Vorstellung davon entwickeln, wie sie sich ein Leben in Brasilien vorstellen.

Was muss sich politisch ändern, um den indigenen Migranten gerecht zu werden?

Die Behörden und politischen Institutionen müssen verstehen, dass es nicht nur um eine vorübergehende Unterbringung geht. Ein Teil der Warao wird auf jeden Fall bleiben. Die meisten von ihnen wollen nicht zurück nach Venezuela. In meinem wissenschaftlichen Netzwerk betrachten wir ihre Situation deshalb nicht mehr nur als eine Geschichte von Flucht, sondern wir thematisieren immer mehr das Konzept der Diaspora.



CARLOS ALBERTO MARINHO CIRINO
ist Anthropologe an der Universität des brasilianischen Bundesstaats Roraima.

Er forscht seit Jahrzehnten zu Indigenen und ihren Rechten.

carlos.cirino@ufr.br



Vorbereitungsklasse für geflüchtete Kinder an einer Schule in Stuttgart.

MIGRATION UND BILDUNG

Gewaltige Barrieren

Das komplexe, uneinheitliche Bildungssystem in Deutschland stellt geflüchtete Kinder und ihre Familien vor große Probleme. Sie verdienen mehr Unterstützung.

Von Sabrina Ferraz Guarino

In Deutschland sind geflüchtete Kinder und Jugendliche – wie alle anderen auch – von sieben bis 15 Jahren schulpflichtig. Wer im Alter von 16 bis 18 Jahren migriert, kann besonderen Deutschunterricht erhalten und den Bildungsweg danach fortsetzen.

Allerdings sind Geflüchtete in weiterführenden Schulen unterrepräsentiert. Im Vergleich zu Schülern ohne Zuwanderungsgeschichte und zu anderen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gehen deutlich weniger von ihnen auf die Realschule oder das Gymnasium (de Paiva Lareiro, 2019).

Einer der wichtigsten Gründe dafür: Viele Flüchtlingskinder können bei Ihrer

Ankunft kaum Deutsch. Sie besuchen deshalb oft nicht den regulären Unterricht, sondern sogenannte Vorbereitungs- oder Willkommensklassen. Dort erhalten sie maximal zwei Jahre lang intensiven Sprachunterricht.

Doch zum einen bietet nicht jede Schule eine solche Klasse an, zum anderen unterscheiden sich die Schüler innerhalb einer Klasse bisweilen erheblich hinsichtlich ihres Alters sowie ihres Sprach- und Bildungsniveaus. Das trägt dazu bei, dass Schüler in dieser für sie entscheidenden Phase des Spracherwerbs unter ihren Möglichkeiten bleiben. Es verringert die Chancen auf Realschulabschluss oder Abitur.

UNTERRICHT VERZÖGERT SICH

Hinzu kommt: Geflüchtete Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, müssen insbesondere auf dem Land teils mehrere Monate war-

ten, bis eine Mindestanzahl von Lernenden erreicht ist, sodass die örtliche Schule eine Willkommensklasse anbieten kann. Das bedeutet, dass sich ihr Unterricht erheblich verzögert – obwohl sie ein Recht auf Bildung haben.

Nach den Vorbereitungsklassen können die Schüler je nach Alter, Fähigkeiten und beruflichen Wünschen verschiedene Wege einschlagen. Beispielsweise können sie sich für Realschule oder Gymnasium bewerben oder sich im Berufskolleg für eine betriebliche Ausbildung entscheiden. Wer keinen Ausbildungsplatz findet oder noch Berufsorientierung benötigt, landet im sogenannten Übergangsbereich. Hier nehmen die jungen Leute an verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen teil, können aber keinen Abschluss erwerben.

Laut der Bertelsmann Stiftung sind Jugendliche ohne deutschen Pass bei der Suche nach einer Ausbildung im Nachteil und nehmen doppelt so oft eine Maßnahme im Übergangsbereich auf wie deutsche Jugendliche. Dabei würden sie auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht: Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen war 2019 in Deutschland höher als die Nachfrage (BIBB 2020).



Ein syrischer Geflüchteter während einer zweimonatigen Grundausbildung bei Volkswagen.

UNÜBERSICHTLICHES ANGEBOT

Da Bildungspolitik in Deutschland Ländersache ist und es für den Übergangsbereich keine bundesweit einheitlichen Vorgaben gibt, ist das Angebot breit und teils unübersichtlich. Ausländische Eltern und ihre Kinder sind damit oft überfordert – wie mit dem gesamten deutschen Bildungssystem. Viele kennen weder den Unterschied zwischen Gymnasium, Gesamtschule und Berufskolleg noch das deutsche Ausbildungssystem und seine drei Säulen: die duale Ausbildung in Schule und Betrieb, das Schulberufssystem und den erwähnten Übergangsbereich.

So meinen einige Eltern, die Universität sei die einzige Möglichkeit für ihre Kinder, eine sichere Arbeit zu finden. Gleichzeitig verstehen manche nicht, dass nicht alle Schulabschlüsse den Hochschulzugang garantieren oder dass es schwer ist, ohne sehr gute Sprachkenntnisse irgendeinen Schulabschluss zu machen. Auch bürokratische Abläufe tragen zur Verwirrung bei, beispielsweise muss man sich jedes Jahr neu auf das Berufskolleg bewerben.

Hinzu kommt: Geflüchtete Eltern haben oft hohe Erwartungen an die schulische Leistung und Berufswahl ihrer Kinder und setzen diese damit unter Druck. Zugleich können sie ihre Kinder in der Regel kaum unterstützen, weil sie selbst das hiesige Bildungssystem und den Arbeitsmarkt während der ersten Zeit nach der Auswan-

derung noch nicht gut kennen. Umgekehrt übernehmen sogar häufig ältere Kinder Verantwortung ihren Eltern gegenüber, etwa als Sprachmittler bei Behördengängen.

Weitere wichtige Aspekte, die den Werdegang von geflüchteten Kindern und Jugendlichen beeinflussen, sind neben ihrer Wohnsituation, ihrer Rechtslage und dem Bildungsniveau der Eltern auch:

- ihr Alter bei der Auswanderung und die Regelmäßigkeit des vorherigen Schulbesuchs,
- Belastungen auf der Flucht,
- die Umorientierung in mehreren Lebensbereichen zugleich (Sprache, Gewohnheiten, Freundeskreis, schulisches Umfeld),
- die Anerkennung ihrer Vorkenntnisse und Abschlüsse und
- ihre oft insgesamt prekäre Lebenssituation.

MEHR RESSOURCEN NÖTIG

Das deutsche Schulwesen trägt für diese jungen Menschen eine besondere Verantwortung – nicht nur hinsichtlich ihrer schulischen, sondern auch ihrer sozialen und sprachlichen Integration. Deshalb sollten die zuständigen Ministerien

- mehr Ressourcen für Vorbereitungs- und Förderklassen bereitstellen und einen kleineren Betreuungsschlüssel ansetzen (fünf bis sieben Schüler pro Klasse statt 15 bis 20),

- in der Arbeit mit den Eltern deren Sprachbarriere und fehlende Kenntnisse über das deutsche Schulsystem stärker berücksichtigen,
- Schülern und ihren Eltern unabhängig von ihrer Herkunft besser bei der beruflichen Orientierung helfen.

Darüber hinaus gilt es, Neuzugewanderten den Schulbesuch auch nach dem 18. Lebensjahr unbürokratisch zu ermöglichen – vor allem, wenn kein Schulabschluss vorliegt oder wenn das ausländische Zeugnis nicht anerkannt wird. Geflüchtete ab 15 Jahre sollten zudem sprachlich besonders gefördert werden, weil sie weniger Zeit haben, sich auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorzubereiten.

Eine gute Schulbildung öffnet Geflüchteten die Tür zum Aufnahmeland und zur persönlichen und beruflichen Entwicklung. Fehlende Sprachkenntnisse, schlechte Berufsorientierung und mangelhafte Kenntnisse des Bildungssystems reduzieren dagegen ihre Chancen auf Teilhabe. Deutschland braucht aufgrund seiner demografischen Entwicklung Arbeitskräfte aus dem Ausland. Allein schon deshalb sollte die Gesellschaft ein Interesse daran haben, junge Geflüchtete besser in ihr Bildungssystem zu integrieren als bisher.

QUELLEN

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB):
Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020.
https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2020.pdf

de Paiva Lareiro, C., 2019: Ankommen im deutschen Bildungssystem. Bildungsbeteiligung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Ausgabe 02/2019 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2019-ankommen-im-deutschen-bildungssystem.html?nn=404000>



SABRINA FERRAZ GUARINO hat Sprach- und Europawissenschaften mit Schwerpunkt Migration und Integration studiert. Sie ist Beraterin im

Jugendmigrationsdienst der Katholischen Jugendagentur Bonn.

ferraz.guarino@gmail.com

Teenagerschwangerschaften verhindern

Eine hohe Rate von Teenagerschwangerschaften beunruhigt die Behörden in Ghana. Nach Angaben des ghanaischen Gesundheitsdienstes (Ghana Health Service – GHS) wurden zwischen 2016 und 2020 mehr als eine halbe Million ghanaische Mädchen im Alter von 10 bis 19 Jahren schwanger. Das sind durchschnittlich über 111 000 Teenagerschwangerschaften pro Jahr. Von allen Teenagerschwangerschaften in dem Zeitraum waren über 13 400 Mädchen erst 10 bis 14 Jahre alt.

Werden Mädchen früh schwanger, brechen sie eher die Schule ab, was negative Folgen für ihre Zukunft hat. Rafiskata Mohammed, Bildungsbeauftragte für Mädchen im Nordwesten Ghanas, sagt über schwangere Teenager: „Einige bleiben in der Schule, aber viele brechen ab, um zu heiraten. Eine unserer schwangeren Schülerinnen zog nach Accra, wo sie jetzt als Lastenträgerin arbeitet, um Geld zu verdienen.“

Die hohe Schwangerschaftsrate im Teenageralter hänge mit der Zwangsverheiratung von jungen Mädchen zusammen, fügt sie hinzu. „Selbst wenn ein Mädchen nicht heiraten will, kann es sein, dass der Mann sie einfach schwängert. Dann verlangt die Familie von dem Mädchen, den Mann zu heiraten.“

Das Doppelpheänomen der Teenagerschwangerschaften und Zwangsverheiratung von jungen Mädchen hat mehrere Ursachen. In vielen Schulen

werden die Mädchen nicht angemessen über reproduktive Gesundheit aufgeklärt und nicht ausreichend ermutigt, eine Schwangerschaft zu vermeiden und ihre Ausbildung abzuschließen.

Armut, elterliche Vernachlässigung und kulturelle Normen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. „Wenn ein Mädchen die Eltern braucht und diese aber nicht für sie da sind, sucht sie sich vielleicht etwas anderes“, sagt Winfred Oforu, Regionaldirektor der GHS.

Er meint, dass junge Mädchen für anhaltende Annäherungsversuche besonders anfällig sind. „Wenn ein Mädchen von einem Mann in die Enge getrieben wird, der ihr sexuelle Avancen macht, sollte sie sich theoretisch herausreden können, aber oft wissen die Mädchen nicht, wie. Sie sind zu jung, um sich wehren zu können.“

Eine mögliche Lösung, die zunehmend Beachtung findet, ist die Anhebung des Mindestalters für Sex von 16 auf 18 Jahre, um dem Mindestalter für die Ehe zu entsprechen. Damit wäre Sex mit einem Kind unter 18 Jahren an sich schon ein Verstoß gegen das Gesetz. „Der beteiligte Erwachsene könnte nicht mehr behaupten, der Sex sei einvernehmlich gewesen, da niemand unter 18 Jahren diese Entscheidung treffen darf“, sagt Oforu.

Rafiskata Mohammed zufolge reicht es nicht aus, nur das gesetzliche Mindestalter zu ändern. Tief verwurzelte kulturelle Normen zwingen beispielsweise immer noch viele junge Mädchen zu ungewollten Ehen. Mohammed schlägt vor, kommunale Verordnungen gegen solche Praktiken zu erlassen. Kulturelle Normen verhindern oft auch die dringend nötige Sexualerziehung (siehe Mahwish Gul in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2020/04). Doch Eltern, Lehrer und die Gesellschaft als Ganzes müssen erkennen, dass es bei der Sexualerziehung nicht um Sexpraktiken geht, sondern darum, Teenager auf ein verantwortungsvolles, sicheres und erfülltes Erwachsenenleben vorzubereiten.



DASMANI LAARY
ist Journalist aus Ghana.

laarygna@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 25.2.22 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),

Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann

(JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



WAHLEN

Erstaunlich unqualifizierter Kandidat

Nach der desaströsen sechsjährigen Amtszeit von Präsident Rodrigo Duterte wählen die Filipinos am 9. Mai einen neuen Staatsoberhaupt. Es wäre möglich, dass es eine kompetente Führung gibt – aber genauso könnten die Kinder der schlimmsten Diktatoren seit der Unabhängigkeit Präsident und Vizepräsidentin werden.

Von Alan Robles

Die Menschen auf den Philippinen können es kaum erwarten, zu wählen. Vergangenes Jahr standen sie trotz Corona-Gefahr stundenlang Schlange, um sich für die Präsidentschaftswahlen zu registrieren. Die Wahlbehörden rechneten mit 59 Millionen Bürgern, es kamen 65 Millionen. Fragt sich nun: Wen werden sie wählen?

Die Wahlen von 2016 endeten desaströs: Rodrigo Duterte wurde Präsident. Der unflätige, grobschlächtige und brutale autoritäre Herrscher überzeugte zwar nur 16,6 Millionen von 55,7 Millionen Wählern, aber damit mehr als alle anderen Kandidaten. Er übernahm das Amt und fuhr das Land gegen die Wand. Sein Drogenkrieg kostete laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mindestens 12 000 Menschenleben. Er hat die demokratischen Institutionen ausgehöhlt, die Wirtschaft geschwächt und war ein miserabler Manager der Corona-Pandemie. Als chinesische Streitkräfte auf philippinisches Gebiet im Südchinesischen Meer eindringen, schaute er weg.

Als er für das Präsidentenamt kandidierte, versprach Duterte: „Der Wandel wird kommen.“ Er werde innerhalb von sechs Monaten die Kriminalität bekämpfen, Korruption beseitigen und den Drogenhandel beenden. Nichts davon geschah. Der 77-jährige Duterte erwies sich als das, was Filipinos verächtlich als „trapo“ bezeichnen – ein typischer Politiker. Er vergab lukrative Posten an unqualifizierte Kumpane, unternahm nichts gegen Korruption und nutzte das Gesetz für persönliche Rachefeldzüge.

Zu seinem Führungsstil gehörte es, öffentlichen Veranstaltungen fernzubleiben und die Bevölkerung in Videos zu beschimpfen. Einmal riet er den Filipinos, ihre Masken in Benzin oder Diesel zu tränken, um kein Corona zu bekommen. Er war in fast



Der Wahlkampf hat begonnen.

jeder Hinsicht schlimmer als die vorigen Präsidenten, in einem Punkt aber stach er besonders hervor: Nie zuvor wurden soziale Medien so systematisch genutzt, um Falschinformationen, Angst und Hass zu verbreiten (siehe meinen Kommentar in der E+Z/ D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/01).

Dutertes Armeen von Internet-Trollen werden bei den kommenden Wahlen gewiss eine Rolle spielen. Zwei Anwärter scheinen derzeit als Nachfolger denkbar: die aktuelle Vizepräsidentin Leni Robredo und Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr., Sohn des ehemaligen Diktators.

Robredo ist eine ruhige, inspirierende Führungspersönlichkeit. Sie ist Anwältin, hat aber auch einen Wirtschaftsabschluss und ist seit 1997 in der Regierung. Die Aufgabe des Vizepräsidenten ist es, einzuspringen, falls dem Präsidenten etwas zustößt. Robredo hat es geschafft, ihr Amt zu nutzen, um sich gegen Duterte auszusprechen, was ihr seine Feindschaft einbrachte. Ohne Dutertes Unterstützung organisierte sie Katastrophenhilfen und ein effizientes Corona-Management. Sie wird mit üblen Angriffen im Internet rechnen müssen.

Der 64-jährige Marcos Jr. dagegen ist absolut unqualifiziert. Sein Hauptmerkmal ist, einziger Sohn eines brutalen Diktators zu sein, der die Philippinen 14 Jahre lang terrorisierte. Tausende wurden auf sein Geheiß gefoltert und ermordet, er veruntreute Milliarden von Dollar. Marcos Jr. behauptete, er habe einen Oxford-Abschluss, was nicht stimmt – er hat lediglich die High School abgeschlossen.

Seine Vizekandidatin Sara Duterte-Carpio ist die Tochter des derzeitigen Präsidenten. Wenn die beiden gewinnen, setzen sie das Erbe der zwei brutalsten Staatsführer der Philippinen seit der Unabhängigkeit fort.

Von Marcos finanzierte Desinformation hat viele Menschen glauben machen, die Jahre unter der Militärregierung seien ein goldenes Zeitalter gewesen. Im Januar befürworteten laut Umfragen 60 Prozent der Befragten das Marcos-Tandem. Das kann sich jedoch ändern – es gab schon früher Überraschungen bei Wahlen. Es sagt viel, dass Marcos Wahlkampfmanager ihn hindern, an Debatten teilzunehmen – sie wissen, dass er inkohärent und hohl ist.

Was die Wahlen so spannend macht, ist die Frage, ob die Demokratie genesen wird oder stirbt.



ALAN C. ROBLES
arbeitet als freier Journalist in Manila.
Twitter: <https://twitter.com/hotmanila>



Taliban-Kämpfer in der afghanischen Hauptstadt Kabul, Januar 2022.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Helfen trotz der Taliban

Um die Bevölkerung in Afghanistan zu unterstützen, sollte die internationale Gemeinschaft die Entwicklungszusammenarbeit wieder aufnehmen. Als erstes Feld bietet sich die Schulbildung an.

Von Conrad Schetter und Katja Mielke

Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 ist Afghanistan isoliert: Dem Islamischen Emirat Afghanistan wurde die internationale Anerkennung verweigert. Sanktionen, die seit 1999 gegen die Taliban bestehen, sind auf die Interimsregierung übergegangen. Sie schaden allerdings dabei, die grundlegende Infrastruktur des Landes aufrechtzuerhalten, etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung.

Die afghanische Wirtschaft liegt weiterhin am Boden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung leidet unter akuter Ernährungsunsicherheit, auch aufgrund von Dürren (siehe Beitrag von Jörg Döbereiner auf www.dandc.eu). Internationale Organisationen können den Betrieb vor Ort nur unter größten Schwierigkeiten aufrechterhalten, denn die Sanktionen machen reguläre Geldtransfers nach Afghanistan unmöglich.

Diese Situation verdeutlicht zwei wichtige Punkte. Erstens: Der Wiederaufbau der vergangenen 20 Jahre war wenig nachhaltig, auch weil er sich zu wenig an der afghani-

schen Bevölkerung ausrichtete. Zweitens: Die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft wirken. Sie sollte diesen Druck nutzen, indem sie mit der Übergangsregierung klug kommuniziert. Trotz der diplomatischen Nicht-Anerkennung der Taliban sollte sie ihre humanitäre Hilfe ausweiten und Entwicklungszusammenarbeit leisten, um die Bevölkerung zu unterstützen.

Derzeit zeichnet sich dafür eine Strategie ab, in der multilaterale Hilfsfonds eine zentrale Rolle spielen. Sie umgehen staatliche Stellen, sodass Geld direkt an Organisationen der Vereinten Nationen (UNICEF, WFP, FAO) fließt sowie an zivilgesellschaftliche Organisationen, die vor Ort Entwicklungshilfe umsetzen. Langfristig muss aber das Ziel sein, die Sanktionen aufzuheben und ein breites Engagement von Hilfsorganisationen zu ermöglichen.

Innerhalb der Taliban gibt es Konflikte zwischen pragmatischen Ansätzen und einer orthodox-ideologischen Haltung. Zentrale Aspekte wie die politische Verfasstheit des Landes oder die Rechtsprechung sind umstritten. Die Taliban zeigen bislang keine eindeutige Haltung zur Rolle der Frau im öffentlichen Raum und auch nicht zu möglichen Terroraktivitäten militanter islamistischer Gruppen auf dem Boden Afghanistans. Das eröffnet Chancen der Einflussnahme von außen – gerade jetzt. Die internationale

Gemeinschaft sollte deshalb auf die pragmatischen Gruppierungen innerhalb der Taliban einwirken. Die erwähnten Hilfsfonds tragen allerdings dazu bei, Parallelstrukturen auszubilden und den mühevoll aufgebauten Verwaltungsapparat zu schwächen. Daher ist es sinnvoll, für die Grundversorgung der Bevölkerung staatliche Stellen einzubinden – zumindest informell.

Für eine erste Zusammenarbeit bietet sich das Schulwesen an. Die Taliban kündigten an, alle Schulen ab dem 22. März wieder zu öffnen, auch jene für Mädchen. Abgesehen von Meinungsunterschieden in Detailfragen wie Lehrplänen, ist ein Konsens mit der internationalen Gemeinschaft hier offenbar möglich. Diese sollte die Schulbildung finanziell unterstützen – nicht an Bedingungen geknüpft, sondern als vertrauensbildende Maßnahme, für vorerst ein Schuljahr. Über einen kurzfristigen Horizont, vor allem Gehälter für Lehrkräfte, eröffnet die Schulbildung auch die Möglichkeit, einen langfristigen Wiedereinstieg einzuleiten, etwa in Infrastruktur und Ausbildung von Lehrkräften.

Parallel dazu gilt es, einen informellen Austausch anzustoßen. Das Ziel: gemeinsame Interessen zu definieren, einschließlich der Achtung der Frauen- und Menschenrechte. Gelingt dies, könnten Maßnahmen im Gesundheitssektor und zur Ernährungssicherheit folgen.

Die internationale Gemeinschaft sollte jetzt gemeinsam mit Vertretern der Übergangsregierung einen solchen Fahrplan entwerfen. Dafür bedarf es eines Prozesses der Vertrauensbildung und der Schritte aufeinander zu. Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht.

LITERATUR

Schetter, C., und Mielke, K., 2022: *Die Taliban. Geschichte, Politik, Ideologie*. Beck Verlag, München. (Erscheint am 12. Mai.)



CONRAD SCHETTER
ist Direktor des BICC (Bonn International Centre for Conflict Studies).
schetter@bicc.de



KATJA MIELKE
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am BICC.
katja.mielke@bicc.de



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 189 followers

See all 3 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
189 followers
2d ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 370 views
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

DEVELOPMENT AND
COOPERATION | **D+C**



SCHWERPUNKT

Meinungsfreiheit

„Maria Ressa ist eine mutige Journalistin, die Mächtigen die Wahrheit sagt.“ **EMMALYN LIWAG KOTTE, S. 19**

„Folglich erscheint der Hinduchauvinismus im Internet stärker, als er ist.“ **ARFA KHANUM SHERWANI, S. 21**

„Russland befindet sich auf einem Tiefpunkt, was Menschenrechte angeht.“ **HUGH WILLIAMSON, S. 23**

„Marktdynamiken begünstigen einflussreiche Eliten.“
**NDONGO SAMBA SYLLA UND
HANS DEMBOWSKI, S. 25**

„Dieser repressive Trend bedeutet für Ghana nichts Gutes.“ **DASMANI LAARY, S. 28**

„Ich teilte mir eine Zelle mit fünf anderen Häftlingen. Es stank nach Urin.“ **JEFFREY MOYO, S. 30**

„So wurde Deutschland zu einem zentralen Anwalt für gefährdete Forschende.“ **MAREIKE ILSEMANN, S. 31**

„RSF hat noch nie so viele inhaftierte Medienschaffende verzeichnet.“ **JÖRG DÖBEREINER, S. 33**



Maria Ressa mit einem Rappler-T-Shirt bei der Nobelpreisverleihung in Oslo im Dezember 2021.

JOURNALISMUS

Kampf für die Wahrheit

Die unabhängige Website Rappler ist eine unverzichtbare Informationsquelle auf den Philippinen. Ihre Beziehung zum Social-Media-Giganten Facebook ist kompliziert.

Von Emmalyn Liwag Kotte

Maria Ressa ist eine mutige Journalistin, die Mächtigen die Wahrheit sagt. Ihre Nachrichtenseite Rappler ist international bekannt, und im Dezember wurde sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das Nobelpreiskomitee würdigte sie und den russischen Journalisten Dmitri Muratow von der Zeitung Nowaja Gaseta für ihre demokratiefördernde Arbeit, weil sie das Recht auf freie Meinungsäußerung ausleben und sich nicht den autoritären Tendenzen ihrer Regierungen beugen.

Ressa kämpft regelmäßig mit Widrigkeiten. „In weniger als zwei Jahren hat die philippinische Regierung zehn Haftbefehle gegen mich erlassen. Ich musste zehnmals eine Kautions hinterlegen, nur um meine Arbeit machen zu können“, sagt sie. Einmal wurden sie und ein ehemaliger Kollege für einen Artikel wegen Verleumdung im Internet verurteilt, den sie veröffentlicht hatten, bevor dieser Straftatbestand überhaupt Gesetz war. „Zusammengerechnet könnten mich die drohenden Anklagepunkte

für etwa 100 Jahre ins Gefängnis bringen“, schätzt Ressa.

Dennoch schätzt sie sich glücklich, weil ihr internationale Anwälte und Menschenrechtsgruppen Schutz bieten. Ein Beispiel ist die #HoldTheLine Coalition – ein globales Kollektiv von 78 unabhängigen Organisationen. Ressa weiß, dass viele verfolgte Journalisten viel weniger Aufmerksamkeit bekommen, während „Regierungen ungestraft den Druck erhöhen“.

Zwischen Juni 2016, als der Rechtspopulist Rodrigo Duterte mit knapp 40 Prozent der Stimmen Präsident wurde, und der Nobelpreisverleihung im Dezember 2021 in Oslo wurden laut Ressa 22 Journalisten auf den Philippinen ermordet. Duterte hat insgesamt eine miserable Menschenrechtsbilanz (siehe Kasten nächste Seite).

DESINFORMATION AUF SOCIAL MEDIA

Duterte verdankt seinen Aufstieg in großem Maße einer Desinformationskampagne in Social Media. Ressa befürchtet, dass Netzwerke, die Falschinformationen in den sozialen Medien streuen, auch die Präsidentschaftswahlen im Mai beeinflussen könnten (siehe Alan Robles auf Seite 15 dieser Ausgabe). Ihre News-Seite Rappler berichtete darüber, wie digitale Plattformen zur Verbrei-

terung von Fake News und zur Manipulation der öffentlichen Meinung genutzt werden. Daraufhin entfernten Facebook und Twitter einige gefälschte Konten. Die Lage bleibt aber problematisch. „Wie kann man die Integrität der Wahlen gewährleisten ohne eine Integrität der Fakten?“, fragt Ressa rhetorisch.

Ressa hat gemischte Erfahrungen mit Facebook gemacht. Einerseits war das multinationale Unternehmen aus dem Silicon Valley manchmal ein wertvoller Partner, andererseits erleichtert es Propaganda und Lügen. Auf den Philippinen nutzen mehr als 70 Millionen Menschen Facebook. Laut dem philippinischen Social Weather Survey nutzten im ersten Quartal 2019 rund 14 Millionen Erwachsene die Plattform als tägliche Nachrichtenquelle.

Auch Rappler begann 2011 auf Facebook – als eine Community-Seite namens MovePH. Sie entwickelte sich zu einer multimedialen News-Website. Die Facebook-Präsenz von Rappler führte in den ersten Jahren zu einem großen Publikumswachstum. MovePH verfolgt nach wie vor den Zweck, Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermutigen, sich für den Schutz der Menschenrechte, Bürgerrechte und der Umwelt einzusetzen.

FACEBOOKS DUNKLE SEITE

Facebook hat jedoch auch eine viel dunklere Seite. Social-Media-Plattformen verhalfen Duterte zu einem knappen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2016. Laut einer Studie der Universität Oxford überschwemmten gefälschte Nutzerkonten Social Media mit Falschnachrichten und trieben die Zahl der Likes und Shares in die Höhe. Laut den Autoren wurden Trolle angeheuert, um Propaganda zu verbreiten und Dutertes Gegner anzugreifen. Infolgedessen schien Duterte beliebter zu sein, als er tatsächlich war.

Natürlich bestreiten Dutertes Leute derartige Anschuldigungen. Zahlreiche Berichte zeigen jedoch, dass gut organisierte und koordinierte Social-Media-Kampagnen Duterte zum Präsidentschaftssieg verhalfen. Einer seiner Wahlkampfmanager sagte gegenüber Rappler, dass „Influencer“ mit vielen Followern auf Social Media für sein Team arbeiteten.

Als Duterte Präsident wurde, machten die Trolle weiter. Neben vielen anderen wurde auch Rappler angegriffen. Patricia Evan-

gelista, eine Reporterin für Rappler, erinnert sich: „Wir wurden als ‚Lügner‘ und ‚Fake News‘ beschimpft. Unsere Lizenz war in Gefahr. Wir verloren viele Anzeigenkunden.“ Rappler-Mitarbeiter wurden aus dem Präsidentenpalast verbannt, und man schikanierte sie und andere Kolleginnen: „Weil wir Frauen sind, drohte man uns unter anderem mit Vergewaltigung.“ Besonders schlimm wurde es immer dann, wenn Rappler lange investigative Artikel veröffentlichte, etwa über außergerichtliche Hinrichtungen.

Evangelista lobt die Haltung ihrer Chefin Maria Ressa: „Sie hat große persönliche Opfer gebracht und ist nicht weggelaufen, hat sich nicht versteckt und keine Kompromisse gemacht.“ Sie ermutigte ihr Team, die Wahrheit herauszufinden.

PARTNERSCHAFT FÜR FAKTENCHECKS

Ein Stück weit ist sich Facebook der Probleme mittlerweile mehr bewusst. So ist Rappler jetzt ein Partner von Facebook bei Faktenchecks, um die Verbreitung von Falschnachrichten zu verhindern.

Hintergrund sind Rappler-Veröffentlichungen, die 2019 aufdeckten, dass die Marcos-Familie ihr Image durch Desinformationskampagnen aufbessern wollte. Ferdinand Marcos war der Diktator, der im Exil starb, nachdem er 1986 von der People's Power-Bewegung gestürzt worden war. Sein Sohn Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr.

kandidiert derzeit für das Präsidentenamt. Rappler deckte auf, wie Propaganda auf Facebook und YouTube den Ruf der Familie aufpolieren sollte. Einschlägige Beiträge leugneten systematisch die massive Korruption und die brutalen Menschenrechtsverletzungen durch Ferdinand Marcos.

Auf die Berichterstattung von Rappler hin löschten Facebook und Twitter Konten, die die Marcos-Familie unterstützten. Die Familie selbst bestritt jegliche Beteiligung. Die Desinformation folgt wohlbekanntem Mustern, sie ähnelt den Aktionen der Duterte-Trolle. Beobachter nehmen an, dass es sich zu einem großen Teil um dieselben Akteure handelt. Immerhin kandidiert Sara Duterte-Carpio, die Tochter des derzeitigen Staatschefs, aktuell als Vizepräsidentin.

Einige gefälschte Konten wurden gesperrt, aber es ist leicht, neue zu erstellen. Desinformation und Propaganda gehen weiter. Ende Januar enthüllte ein weiterer Rappler-Artikel, dass einige Facebook-Seiten und -Konten sowohl die Marcos-Familie als auch die Duterte-Regierung unterstützten. Darin hieß es, falsche Behauptungen seien in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 „aggressiver“ verbreitet worden und sollten die „Glaubwürdigkeit der Medien untergraben“.

Um die Situation zu verbessern, hat sich Rappler mit Partnern wie der National Union of Journalists of the Philippines (NUJP) zusammengetan. Ende Januar rie-

fen sie #FactsFirstPH ins Leben. Der Koalition gehören mehr als 100 Gruppen an, unter anderem aus Kirche, Jurisprudenz, Medien und Zivilgesellschaft. Sie wollen zur Integrität der Wahlen beitragen, indem sie die Integrität der Fakten sicherstellen. Dies soll mit Instrumenten wie Faktenchecks und Kampagnen gegen Falschbehauptungen erreicht werden, um für die Bedeutung von Fakten zu sensibilisieren. Zudem wollen sie Online-Lügner rechtlich verfolgen.

Der Gesetzgeber könnte sie dabei unterstützen. Ressa fordert ein Gesetz, das Unternehmen bestraft, die die Verbreitung von Lügen und Desinformationen auf ihren Plattformen zulassen. Sie möchte, dass digitale Plattformen als Verlage eingestuft werden, die für den Inhalt ihrer Websites verantwortlich sind.

Solche Regeln wären auch international sinnvoll. Ein großes Problem ist, dass Social-Media-Plattformen nach US-Recht nicht für nutzergenerierte Inhalte haftbar sind. Da die wichtigsten Unternehmen in den USA sitzen, hat das weltweite Auswirkungen, vor allem in Form von Desinformation.



EMMALYN LIWAG KOTTE
ist freiberufliche Journalistin
und lebt in Deutschland.

emmalyn320@hotmail.com

Erschreckende Bilanz

Jedes Menschenleben ist wichtig. Unter der autoritären Führung von Präsident Rodrigo Duterte leiden sehr viele, sodass es schwer ist, den Überblick über einzelne Fälle zu behalten.

Ein Opfer ist Zara Alvarez, eine Lehrerin und Menschenrechtsaktivistin, die in ihrer Gemeinde sehr aktiv war. Sie setzte sich für die Rechte von Bauern und Arbeitern auf der philippinischen Insel Negros ein. Das philippinische Militär beschuldigte sie, Mitglied der kommu-

nistischen Rebellengruppe New People's Army (NPA) zu sein. Ihr wurde Terrorismus vorgeworfen, und sie wurde wegen einer erfundenen Mordanklage fast zwei Jahre lang inhaftiert. Im März 2020 wurde sie freigesprochen, doch einige Monate später wurde sie im Alter von 39 Jahren erschossen.

Auch Medienschaffende werden unterdrückt. Ein Beispiel ist die 23-jährige Frenchie Mae Cumpio, die wegen erdichteter Anschuldigungen im Ge-

fängnis sitzt. Sie war Leiterin einer lokalen News-Website und arbeitete als Radiomoderatorin in Tacloban City. Im Februar 2020 wurde sie zusammen mit vier Menschenrechtsaktivisten in der Provinz Leyte verhaftet. Eine Untersuchung der National Union of Journalists of the Philippines (NUJP) ergab, dass „die Beweise gegen sie manipuliert wurden und die Anschuldigungen wegen illegalen Besitzes von Schusswaffen und Sprengstoff jeder Grundlage entbehren“.

Dutertes tödlicher „Krieg gegen Drogen“ war von Anfang an grausam. Laut Human

Rights Watch kamen deshalb seit seinem Amtsantritt 2016 mehr als 12000 Menschen ums Leben. ELK



TOTALITÄRE AMBITIONEN

Hassmaschinen

Aggressive Propaganda verzerrt die öffentliche Debatte in Indien immer stärker. Behörden tolerieren und fördern teilweise den Hindu Chauvinismus von Premierminister Narendra Modi. Selbst Aufrufe zum Völkermord werden kaum geahndet. Wer dagegen Regierungskritik wagt, muss mit Einschüchterung, Schikanen und Unterdrückung rechnen.

By Arfa Khanum Sherwani

Im Dezember gab es ein dreitägiges Spitzentreffen hindu chauvinistischer Kräfte im nordindischen Haridwar. Unter anderem wurde gefordert, die muslimische Gemeinschaft in Indien so zu behandeln wie die Rohingya in Myanmar. Das war ein Aufruf zum Völkermord, denn in Pogromen wurden muslimische Rohingya ermordet und vertrieben. Dörfer wurden niedergebrannt. In Haridwar wurde solches Blutvergießen für nötig befunden, um hinduistisches Leben in Indien zu schützen. Hassrhetorik ist ernst zu nehmen. Indien hat eine lange Geschichte anti-islamischer Gewalt (wie ich in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z 2020/08 ausgeführt habe).

Deshalb ist es verboten, Unfrieden zwischen Religionsgemeinschaften zu sähen. Dennoch griffen staatliche Stellen nicht ein, selbst als bekannt war, was in Haridwar besprochen wurde. Als die Empörung landesweit wuchs, nahm die Polizei zwar ein paar Teilnehmer fest, aber die dürften eher nicht bestraft werden. Hauptveranstalter Yati Narsinghanand Saraswati wurde im Februar auf Kauton freigelassen.

Dagegen verbleiben gewaltfreie Regierungskritiker oft jahrelang in Haft, bis ihr Prozess überhaupt beginnt. Ein aktuelles Beispiel ist Umar Khalid. Der Student wurde 2019/2020 zu einem der Gesichter des Protests gegen die diskriminierende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. In dieser sozialen Bewegung spielten muslimische Frauen wichtige Rollen.

Khalid ist seit September 2020 in Haft. Ihm wird die Anstiftung von Krawallen in Delhi vorgeworfen. Das ist absurd, denn die

Krawalle waren ein antiislamisches Pogrom. Dutzende starben; Moscheen wurden in Brand gesetzt. Zwei Drittel der Toten waren muslimisch. Hinduistische Fanatiker rechnen nach Gewalttaten mit Straffreiheit, aber gegen Oppositionelle geht der Staat hart vor. Wie Khalid wird ihnen häufig vorgeworfen, gegen das drakonische Antiterrorgesetz UAPA (Unlawful Activities Prevention Act) verstoßen zu haben.

Modis Partei, die BJP, gehört zu einem Netzwerk von Organisationen, aus deren Sicht Indien eine hinduistische Nation ist. Im Zentrum steht der RSS, eine Kaderorganisation, die ursprünglich von den italienischen Faschisten in den zwanziger Jahren inspiriert wurde. Internationale Beobachter unterschätzen meist das totalitäre Potenzial von Hindutva, wie die RSS-Ideologie heißt.

Der RSS duldet kein Weltbild außer seinem eigenen. Das gesamte Netzwerk definiert die Nation mit dem Hinduismus, meint aber eigentlich nur die oberen Kasten. Minderheiten gelten nichts und sollen die Gesellschaftsordnung akzeptieren, die dem RSS vorschwebt. Diese Haltung ist undemokratisch und tendenziell autoritär. Die Hindutva-Rechte sehnt sich nach voller Kontrolle

aller Institutionen. Sie reagiert aggressiv auf Gegenstimmen, wie sie etwa die Bauernbewegung oder die Proteste gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts artikulierten. BJP-beherrschte Behörden äußern immer wieder Terrorismusverdacht und reichen entsprechende UAPA-Klagen ein.

Hindutva widerspricht grundsätzlich der säkularen Verfassung Indiens, welche die Benachteiligung religiöser Minderheiten verbietet. Modi ist für autoritäres Gebaren bekannt – aber nicht für Distanzierung von Gewalttaten aus seinem ideologischen Umfeld.

Die Massenmedien halten dem politischen Druck nicht stand. Vor allem private Fernsehsender verbreiten aggressive Propaganda. Sie tun wenig, um Fakten zu prüfen, und akzeptieren alles, was eine Regierungsstelle verlautbart.

MANIPULATION SOZIALER MEDIEN

Unterdessen schüren Hindutva-Trolle in sozialen Medien Hass. Wer es wagt, die Regierungspolitik in Frage zu stellen, wird „antinational“ genannt und des Verrats oder Terrorismus bezichtigt. TheWire.in, die unabhängige Website, für die ich arbeite, hat kürzlich berichtet, dass die Trolle eine App nutzen, um sich zu koordinieren und Desinformation viral zu beschleunigen. Sie heißt Tek Fog und manipuliert auch digitale Programme. Die Multis, denen die Plattformen gehören, stört das kaum. Sie haben schon



Engagement für Umar Khalid Anfang 2021 in Kolkata.

mehrfach gezeigt, dass es ihnen wichtiger ist, der Regierung zu gefallen, als den demokratischen Diskurs zu fördern. Andere Sprachen als Englisch interessieren sie eher nicht.

Folglich erscheint der Hinduchauvinismus im Internet stärker zu sein als, er in der Gesellschaft wirklich ist. Facebook und Twitter lassen sich als Hassmaschinen missbrauchen, mit denen Andersdenkende eingeschüchert werden.

Gezielt angegriffen werden politisch engagierte Personen, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Oppositionsparteien sowie professionell in Rechtswesen oder Journalismus tätige Menschen. Ich selbst erlebe das schon lange. Mittlerweile stehe ich auf der Liste der zehn am häufigsten in sozialen Medien attackierten Inderinnen. Ständig gibt es Mord- und Vergewaltigungsdrohungen.

Voriges Jahr lancierten Hinduchauvinisten die App Bully Bai, mit der sie fiktiv muslimische Frauen versteigern, dabei aber echte Namen und Bilder verwendeten. Wegen breiter öffentlicher Empörung wurde

das beendet. Zeitweilig war diese Form von Einschüchterung und Belästigung der religiösen Minderheit aber wirkungsvoll.

Im Alltag stehen Minderheiten unter Druck. Ende Februar wurde muslimischen Schülerinnen und Studentinnen, wenn sie das muslimische Kopftuch trugen, im südindischen Bundesstaat Karnataka der Zutritt zu ihren Bildungseinrichtungen verweigert. Ein Gericht hatte vorläufig entschieden, Institutionen dürften bereits bestehende Kleidungsordnungen durchsetzen. Das wurde missverstanden, so dass plötzlich junge Muslimas im ganzen Bundesstaat sich zwischen Kopftuch und Lehrveranstaltung entscheiden mussten. Der Ministerpräsident von Karnataka, Basavaraj Somappa Bommai, ist BJP-Mitglied.

Hindutva-Demos haben in jüngster Zeit auch immer wieder Freitagsgebete in Gurugao gestört. Diese Stadt liegt im Großraum Delhi und heißt mittlerweile offiziell Gurugram. Die Störenfriede forderten, muslimische Gemeinden sollten drinnen beten. Dabei ist allgemein bekannt, dass es zu wenig Mosche-

en gibt und diese zu klein sind. Zu Weihnachten wurden in Südindien christliche Gemeinden auf ähnliche Weise angegriffen.

Am schlimmsten ist die Lage vermutlich in Kaschmir. Diese Region war früher Indiens einziger Bundesstaat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, aber die Modi-Regierung beendete 2019 die relative Autonomie und unterstellte das Gebiet der Zentralregierung. Die Unterdrückung ist hart. Im Februar berichteten Zeitungen weltweit von der Verhaftung Fahad Shahs, des Chefredakteurs der unabhängigen Website The Kashmir Walla. Die New York Times berichtete über „Schikanen und Einschüchterung“. Der Guardian warnte, die Unterdrückung der Presse eskaliere. Mehr Aufmerksamkeit dieser Art täte unserer Demokratie gut.



ARFA KHANUM SHERWANI
ist leitende Redakteurin der unabhängigen Website **The Wire**.

Twitter: @khanumarfa

TheWire: <https://thewire.in/>

Es kommt auf das Geschäftsmodell an

In Indien gelingt es unabhängigen Websites besser als konventionellen Medien, dem Hinduchauvinismus zu widerstehen. Ich arbeite für die Website TheWire.in, aber auch TheQuint.com, Scroll.in und ThePrint.in bemühen sich ähnlich um Überparteilichkeit und zuverlässige Fakten.

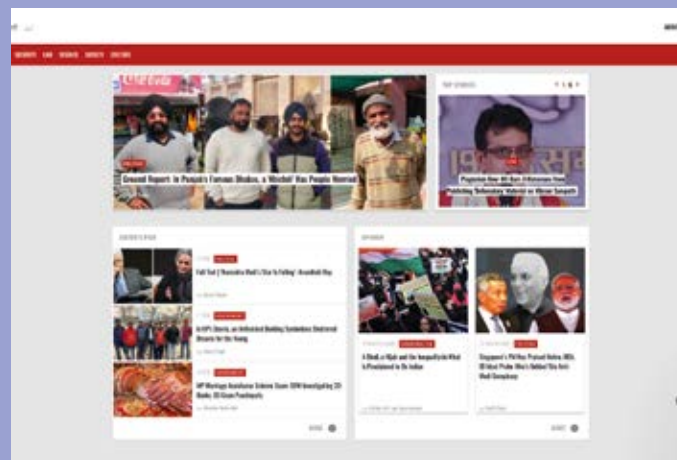
Zu einem gewissen Teil beruht unsere Standfestigkeit auf journalistischem Ethos. Wichtig ist aber auch, dass unsere Geschäftsmodelle ohne staatliche Anzeigen auskommen. Wie in vielen anderen Entwicklungsländern beruht ein Großteil des Umsatzes konventioneller Medienhäuser auf staatlicher Werbung.

Folglich neigen etablierte Verlage zu regierungsfreundlicher Berichterstattung. Es ist kein Zufall, dass unabhängige Web-

sites auch in anderen Ländern mit rechtspopulistischen Regierungen unverzichtbar geworden sind – zum Beispiel in den Philippinen (siehe Emmalyn Liwag Kotte, S. 19 in dieser Ausgabe) oder Sri Lanka (siehe Arjuna Ranawana in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z 2021/09).

Anders als etablierte Branchengrößen leben wir von Spenden und in geringem Maße auch von privater Werbung. Eine Website ins Netz zu stellen kostet sehr viel weniger als der Druck und Vertrieb einer Zeitung oder die Produktion und Ausstrahlung eines Radio- oder Fernsehprogramms. Wir können also einen größeren Anteil der Einnahmen in die Produktion von Inhalten stecken. Dass es mittlerweile überall Smartphones gibt, hilft uns auch. Um ein Massenpublikum zu erreichen, produziert The Wire Texte, Audioclips und Videos auf Englisch, Hindi, Urdu und Marathi.

Das indische Recht erlaubt The Wire nicht, Spenden im Ausland zu akquirieren. Wir dürfen aber Geld für Dienstleistungen verlangen. Wer uns unterstützen will, kann unseren Substack-Newsletter „India Cable“ abonnieren. AKS



Screenshot der Homepage TheWire.in

MENSCHENRECHTE

„Das Internet ist ein entscheidendes Werkzeug“

In vielen Ländern Osteuropas und Zentralasiens steht es schlecht um Meinungs- und Pressefreiheit. Dennoch gebe es Grund zur Hoffnung, sagt Hugh Williamson von Human Rights Watch, der mit E+Z/D+C über die Situation gesprochen hat.

Hugh Williamson im Interview mit Jörg Döbereiner

Sie beobachten für Human Rights Watch eine große, vielfältige Weltregion: von Osteuropa, Russland und der Türkei bis nach Zentralasien. Welche Gemeinsamkeiten können Sie feststellen?

Mich fasziniert, welch enorme Kraft nach wie vor hinter dem Menschenrecht auf Meinungsfreiheit steckt, über alle Länder hinweg. Durch das Internet und Social Media ist seine Macht noch gewachsen. Vor allem autoritäre Regime fühlen sich davon bedroht, aber auch einige demokratisch gewählte Regierungen. Die Methoden, Meinungsfreiheit zu unterbinden, unterscheiden sich dabei je nach Regierungsform.

An welche Beispiele denken Sie?

In Kasachstan sperrte die Regierung im Januar mehrere Tage lang im ganzen Land das Internet. Hier hat ein autoritärer Staat auf friedliche Proteste mit einer drakonischen Strafe reagiert. Anders funktionieren zum Beispiel systematische Restriktionen gegenüber der Opposition in der Türkei. Unter dem Deckmantel der Terrorismusgesetzgebung haben viele Parlamentsmitglieder, vor allem kurdischer Parteien, ihre Mandate verloren oder sitzen sogar in Haft. So wird ein Teil der Bevölkerung seines grundlegenden Rechts beraubt, sich politisch repräsentiert zu sehen. Und auch in Ungarn, einer Demokratie im Herzen Europas, strebt die Regierung beispielsweise an, die Medien zu kontrollieren. Die Behörden entzogen zum Beispiel einem der wenigen unabhängigen Radiosender, Klubrádió, die Lizenz wegen Bagatellen. All das zeigt: Wir müssen genau

hinsehen, was passiert – sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Welt.

Blicken wir nach Russland, wo es für Oppositionelle lebensgefährlich ist. Alexej Nawal-

äußerung und Versammlung unterhöhlen. Meinungsfreiheit ist eine Gefahr für Putins Macht, deshalb versucht er, sie so stark wie möglich zu kontrollieren. Für die wenigen unabhängigen Medien, die es in Russland noch gibt, wird das Leben täglich härter. Putin missbraucht sie sogar als diplomatische Werkzeuge. Jüngstes Beispiel dafür ist das Sendeverbot für die Deutsche Welle, den Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland. Für den russischen Sender RT dagegen setzt sich Putins Regime im Ausland ein. Es geht ihm dabei aber nicht um Pressefreiheit, sondern um nationale Interessen.



In Kasachstan protestierten im Januar 2022 landesweit Menschen wegen steigender Spritpreise.

ny, einer der lautesten Kritiker von Präsident Wladimir Putin, wurde mit einem Nervengift beinahe umgebracht. Derzeit ist er in einem Arbeitslager gefangen. Wie steht es um die Menschenrechte in dem Land?

Russland befindet sich in vielerlei Hinsicht auf einem Tiefpunkt, was den Schutz von Menschenrechten angeht. Nawalny ist ein prominentes Beispiel für das, was auch weniger Bekannten passiert. Journalisten verschwinden im Gefängnis. Die Regierung macht zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien dicht. Sie erlässt Gesetze, die das Recht auf freie Meinungs-

Auch Russlands Nachbar Belarus war zuletzt in den Schlagzeilen. Seit der umstrittenen Wiederwahl des Machthabers Alexander Lukaschenko im August 2020 gab es dort massive Proteste. Oppositionelle wurden verhaftet, die Meinungsfreiheit erheblich beschnitten. Wie schätzen Sie die Entwicklung dort ein?

Die Entscheidung Lukaschenkos, die Proteste brutal niederzuschlagen, ist eine furchtbare aus Sicht der Menschenrechte. In der Folge ist die unabhängige Zivilgesellschaft in Belarus nahezu verschwunden. Die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger,

sich zu engagieren, wurden um Jahrzehnte zurückgeworfen. Russland sieht natürlich genau hin. Putin befürchtet, dass solch öffentliche Proteste eines Tages auch in seinem Land passieren könnten – auch deshalb unterstützt er Lukaschenko bereitwillig.

Aus manchen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken sind Nachrichten vergleichsweise rar. Könnten Sie uns bitte einen Überblick über die Lage in Zentralasien geben?

Das ist eine komplexe Region. Turkmenistan sticht heraus als ein totalitärer Staat, der absolut keine Toleranz zeigt, was Meinungsfreiheit und unabhängige Medien angeht. Das Internet ist dort stark zensiert. Es ist verboten, zu Hause geschützte Netzwerkverbindungen zu verwenden. Das Land ist so abgeschottet, dass kaum Informationen über die Lage der Menschenrechte nach draußen dringen. Auch in Tadschikistan werden regelmäßig Webseiten abgeschaltet. Die Regierungen von Usbekistan und Kasachstan sind zumindest auf dem Papier offener für Meinungsfreiheit. Dennoch übt beispielsweise Kasachstan starke Kontrolle auf unabhängige Medien aus. Und erst vergangene Woche hat Human Rights Watch den Fall eines muslimischen Bloggers aus Usbekistan dokumentiert, der zu sieben-einhalb Jahren Haft verurteilt wurde – nur wegen eines Facebook-Posts. Das passt nicht zu einem wirklich offenen Staat. Das einzige Land in Zentralasien mit nennenswertem investigativen Journalismus ist Kirgistan. Das ist wichtig und bedarf weiterer Förderung.

In welche Richtung entwickelt sich die Situation in Zentralasien momentan?

Sie verschlechtert sich in mancherlei Hinsicht, wie die Beispiele zeigen. Auch in Kirgistan gibt es leider ein neues Gesetz, das es Behörden erlaubt, Webseiten zu sperren, wenn sie Desinformation enthalten – ohne zu definieren, was genau eigentlich darunter fällt. Das öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Auf der anderen Seite dürfen wir eines nicht vergessen: Immer mehr Menschen stehen auf und prangern Missstände an. In Kasachstan waren es im Januar ganz normale Bürger, die auf die Straße gingen, um sich über steigende Spritpreise zu beschweren. Das war mutig, weil Demonstrationen dort grundsätzlich nicht erlaubt sind und sie damit rechnen mussten, verhaftet zu werden. Trotzdem breiteten sich die Proteste im ganzen Land aus. Im Kern ging es um

ein Gefühl der Empörung und die Bereitschaft, etwas zu riskieren. In allen genannten Ländern gibt es Menschen, die sich für Menschenrechte engagieren – und wir von Human Rights Watch und auch andere unterstützen sie von außerhalb.

Was können westliche Demokratien wie Deutschland oder die USA tun?

Sie können sich für alle einsetzen, die in diesen Gegenden wichtige Arbeit leisten, zum Beispiel zivilgesellschaftliche Organisationen. Konkret könnten sie sich etwa für bessere journalistische Ausbildungsmöglichkeiten starkmachen. Sie sind natürlich grundsätzlich an guten Beziehungen interessiert, zum Beispiel zu Kasachstan, einem rohstoffreichen Land. Trotzdem sollten sie bei bilateralen Gesprächen auch die Menschenrechte ganz oben auf die Tagesordnung setzen.

In Ihren Beispielen nehmen Sie häufig Bezug auf das Internet. Welchen Stellenwert hat es für die Meinungsfreiheit?

Das Internet ist ein entscheidendes Werkzeug geworden, um sich für Meinungsfreiheit zu organisieren. Die Demonstrationen in Kasachstan verbreiteten sich beispielsweise vor allem aufgrund des Internets wie ein Lauffeuer. In der Türkei fand Human Rights Watch heraus, dass viele Fälle von häuslicher Gewalt erst durch Social Media bekannt wurden. Die Betroffenen gingen nicht zur Polizei, zu der sie wenig Vertrauen haben. Über Social Media können sie dafür Aufmerksamkeit bekommen, das wiederum setzt Behörden unter Druck. Allgemein lässt sich sagen: Das Internet spielt eine so zentrale Rolle, dass ein Shutdown – wie in Kasachstan – nicht nur die Meinungsfreiheit beschneidet, sondern auch ökonomische

und soziale Rechte, von Onlinebanking bis hin zu digitaler Gesundheitsversorgung.

Welche Rolle spielt Desinformation im Netz?

Aus Russland ist bekannt, dass staatlich angeheuerte Aktivisten die Meinung im Internet mit Propagandakomentaren im Sinne von Putins Regierung beeinflussen. Es ist anzunehmen, dass es solche Trollfabriken auch in anderen Ländern der Region gibt. Das ist eine große Herausforderung. Desinformation hat einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung der Menschen – sie verändert unsere Gesellschaft. Propaganda zielt unter anderem darauf ab, eine bestimmte Version der Wirklichkeit durchzusetzen und gedankliche Alternativen einzuschränken. Dann fehlt der Raum für kritisches Denken. Auch das ist eine Art, freie Meinungsäußerung zu verhindern, wenn auch eine indirekte.

Zusammen mit den vielen negative Beispielen, die Sie genannt haben, klingt das eher ernüchternd.

Wir dürfen nicht zu pessimistisch sein. Ein Schlüssel zum Erfolg ist, das Internet noch besser zu nutzen: im Sinne selbstermächtigender Meinungsfreiheit, nicht zu verwechseln mit Fake News und Geschwurbel. Ich denke zum Beispiel an Oppositionelle in Belarus, die ihr Land verlassen mussten und sich jetzt über große Distanzen online organisieren – in Polen, der Ukraine und im Baltikum. Es gibt bei all den negativen Beispielen wirklich auch viel Hoffnung.



HUGH WILLIAMSON
ist als Direktor von Human Rights Watch für Europa und Zentralasien verantwortlich.
Twitter: @hughwilliamson





US-Senatorin Elizabeth Warren ist eine profilierte Kritikerin der Internetriesen – hätte sie andernfalls vielleicht mehr Facebook-Follower?



Elizabeth Warren 
3.3M followers • 4 following

POLITISCHER DISKURS

Stimmen für Benachteiligte

Demokratien schützen Meinungsfreiheit besser als autoritäre Staaten. Dennoch ist der öffentliche Diskurs sogar in Ländern mit hohem Einkommen und liberalen Verfassungen vielfach verzerrt. Arme und Marginalisierte bleiben oft ungehört.

Von Ndongo Samba Sylla und Hans Dembowski

Die Meinungsfreiheit ist ein Grundpfeiler jeder sozialen Ordnung, die diesen Namen verdient. Sie ist auch ein wesentliches Merkmal der Menschenwürde. Wo freie Rede verboten ist, fehlt Individuen wie sozialen Gemeinschaften ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung.

Historisch fehlte unterdrückten Gruppen nicht nur die Redefreiheit. Ihnen wurde auch Bildung vorenthalten, die es ihnen erlaubt hätte, für die eigene Selbstbestimmung zu streiten. Unfreiheit währt aber nicht ewig. Sklaven, Plebejer, Leibeigene, Angehörige der unteren Kasten, Proletarier oder koloniale Untertanen – immer wieder kam es zu Revolutionen, weil Unterdrückte

für ihre Rechte aufstanden. Meinungsfreiheit beruht letztlich darauf, dass sich alle Mitglieder einer Gesellschaft als fundamental gleichberechtigt anerkennen.

Die Realität weicht leider oft von wohlformulierten Verfassungsgrundsätzen ab. Wir dürfen nicht vergessen, dass die USA im 19. Jahrhundert als „Republik“ galten, nicht als Demokratie. Das Britische Weltreich wurde von einem „Wahladel“ gelenkt. In beiden Fällen galt offiziell Meinungsfreiheit. Die USA schafften die Sklaverei aber erst 1865 ab, während Briten ein weltweites Kolonialreich hatten und daheim die Arbeiterklasse nicht wählen ließen.

„Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, lautet ein berühmter Ausspruch der deutschen Revolutionärin Rosa Luxemburg. Sie unterstützte nicht Hassprediger und Manipulatoren, sondern alle, die es wagten, Machthabern die Wahrheit zu sagen und für Ausgegrenzte einzutreten. Aus ihrer Sicht sollte Meinungsfreiheit den Schwächsten dienen. Aimé Césaire, der Dichter aus Martinique, formulierte das so: „Mein Mund wird der

Mund jener Unglücklichen sein, die keinen Mund haben.“

Meinungsfreiheit ist in Demokratien besser geschützt als in autoritären Staaten. Despotische Herrscher neigen dazu, Journalisten zu schikanieren, zu verfolgen und sogar zu töten. So gehen sie auch mit anderen Kritikern um. Dennoch gibt es ernsthafte Probleme auch in Demokratien, die Andersdenkende zwar nicht brutal zum Schweigen bringt, aber an den Rand drängt.

Was heute „Public Relations“ oder „PR“ heißt, hieß früher einmal „Propaganda“. 1928 veröffentlichte Edward Bernays, der Vater der PR-Branche, ein Buch mit dem Titel „Propaganda“. Ihm zufolge ist die „bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft“. Bernays schrieb, es seien „größtenteils Männer, von denen wir noch nie gehört haben“, die „unseren Geist gestalten, unseren Geschmack formen, unsere Ideen vorschlagen“.

Anders formuliert: Die öffentliche Meinung prägen jene, welche die Macht dazu haben – und zwar besonders in den Medien. Dazu zählen Staatsorgane, aber auch die Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen und Interessensverbänden.

Marktdynamiken begünstigen dabei einflussreiche Eliten. Zeitungen und Sender

gehören großen Unternehmen. Zudem wirkt sich die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen auf Medienhäuser aus. Selbst öffentlich-rechtliche Sender brauchen solches Geld. In vielen Ländern greifen konservative Kräfte ihre Legitimität an. Das prominenteste Beispiel ist derzeit die BBC.

Vermachtet war der Raum für freie Rede schon immer. Derzeit schrumpft er weiter, während Inhalte verkümmern.

Zeitweilig schien es, die rasante Entwicklung sozialer Medien mache den öffentlichen Raum demokratischer. Heute spricht jedoch niemand mehr wie 2011 im arabischen Frühling von „Facebook-Revolutionen“. Die wichtigsten Social-Media-Plattformen gehören multinationalen Konzernen, denen es primär auf Profit, nicht demokratische Debatte ankommt.

Sie behaupten, Menschen nur zu geben, was diese wollen. Vor ihren intransparenten Algorithmen sind aber nicht alle gleich. Informationen, die Facebook schaden, finden auf Facebook eher keine große Verbreitung. Andererseits scheuen die Manager politische Kontroversen – wollen aber denen gefallen, von denen sie sich hohe Werbeeinnahmen erhoffen. Dazu gehören Staat und Privatwirtschaft.

RECHTE DEMAGOGIE

Beunruhigenderweise werden soziale Medien auch zur Verbreitung von Lügen und Verschwörungstheorien vor allem rechter Demagogen genutzt. Nicht zufällig wenden sie sich oft gegen Staatshandeln. „Freiheit“ wird zum Widerspruch gegen demokratisch legitimierte Politik zum Klimaschutz, zu der Corona-Bekämpfung oder der sozialen Sicherung hochstilisiert. Das dient den Interessen superreicher Eliten, welche die öffentliche Daseinsvorsorge kaum brauchen. Es schadet aber breiten Mehrheiten, die von dieser abhängen. So werden Demokratie untergraben und das bestehende soziale Gefälle verfestigt.

Bislang teilen Facebook, Twitter und Co. nicht ausreichend mit, wie sie Inhalte auf ihren Plattformen steuern. Es gab Schlagzeilen, als sie ihre Foren Anfang 2021 nach dem Sturm auf das Kapitol dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump verweigerten. Gefragt wurde, ob das Zensur war. Juristisch gesehen war es das nicht, denn Zensur wird per Definition vom Staat ausgeübt, nicht von privaten Firmen.

Anderer Fragen bekommen dagegen aber nicht ausreichende Aufmerksamkeit:

- Dürfen Social-Media-Plattformen mit nahezu monopolistischen Reichweiten nach Gutdünken Profite maximieren – oder müssen sie im Sinne des Gemeinwohls reguliert werden?
- Müssen die großen Plattformen für Inhalte nicht auf ähnliche Weise Verantwortung tragen wie Verlage? Schließlich bestimmen ihre Algorithmen, was auf den Bildschirmen erscheint.
- Inwiefern verstärken die Algorithmen Ansichten, die dem Management gefallen, und dimmen solche, die das nicht tun?

Die US-Senatorin Elizabeth Warren will große Internet-Unternehmen zerschlagen oder zumindest streng regulieren. Sie ist auf Social-Media-Plattformen präsent – aber hätte sie vielleicht mehr als 3,3 Millionen Follower auf Facebook, wenn sie die Interessen der Tech-Konzerne vertritt? Wir wissen es nicht. Die Algorithmen sind geheim.

Klar ist aber, dass konventionelle Medienhäuser tendenziell Unternehmerinteressen unterstützen. Top-Manager haben meist bessere Presse als Gewerkschaftsvorsitzende. Nachrichten über rechtsextreme Polizisten schaffen es selten auf die Titelseite, aber selbst gewaltfreie Linke werden als gefährlich eingestuft.

Immerhin verhindert das Medienrecht in der Regel die Verbreitung von Lügen. Der öffentliche Diskurs würde davon profitieren, wenn Social-Media-Plattformen ähnliche Verantwortung übernehmen müssten wie Medienhäuser (siehe Emmalyn Liwag Kotte auf Seite 19 in dieser Ausgabe).

UNGENÜGENDE FAKTEN-PRÜFUNG

Zwar gibt es mittlerweile viele Faktenchecker, aber das löst das grundsätzliche Problem nicht. Sie arbeiten meist für große Medienhäuser und dienen deren Interessen. Nicht jedes wichtige Thema wird zudem überprüft. Solche, die Entwicklungsländer betreffen, erhalten vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Social-Media-Konzerne sind außerdem nicht dafür bekannt, dass sie sich für andere Sprachen als Englisch interessieren. Obendrein sind viele Themen zu komplex für eine binäre Beurteilung als „richtig oder falsch“. Schließlich sind Faktenchecker bisweilen Interessenskonflikten ausgesetzt – etwa, wenn es um die Geschäftsmodelle ihrer Arbeitgeber geht.

Auch wo Meinungsfreiheit herrscht, haben es Whistleblower schwer. Ein Beispiel ist der Umgang der USA mit Edward Snowden, der Geheimdienstpraktiken bekannt gemacht hat. Das war von großem öffentlichem Interesse – aber nun muss Snowden im russischen Exil leben. Viele Länder schützen zudem Whistleblower, die schmutzige Geschäftsgeheimnisse verraten, nicht hinreichend. Das wichtigste Mittel, um unbequeme Meinungen kleinzuhalten, ist, sie in der Themenflut der Mainstream-Medien untergehen zu lassen.

WESTAFRIKANISCHE ERFAHRUNGEN

Besonders frustrierend ist die Lage derzeit in Ländern mit niedrigem Einkommen. In Westafrika findet der politische Diskurs auf Englisch und Französisch statt, obwohl viele Menschen nur afrikanische Sprachen sprechen. Nicht alle Journalisten sind professionell ausgebildet. Private Medienhäuser hängen generell von staatlichen Anzeigen ab – und dieselben Regierungen kontrollieren den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Teils informiert sich die Bevölkerung über Websites von Medienhäusern in den früheren Kolonialmächten. Diese berichten in gewissem Maß auch über Afrika, aber eben nicht detailliert über die Politik einzelner Länder. Häufig sind sie blind für das, was jenseits der Hauptstädte passiert. Auch widmen sie sich kaum den negativen Einflüssen westlicher Politik, Firmen und Streitkräfte auf Afrika.

Dass aufeinanderfolgende französische Regierungen in Paris einige der schlimmsten afrikanischen Regime jahrelang unterstützten, berichten französische Medien kaum – und sie kritisieren es noch seltener. Zu nennen wären etwa der Tschad unter Idriss Déby oder Burkina Faso unter Blaise Compaoré.



NDONGO SAMBA SYLLA
ist Forschungs- und
Programm-Manager bei der
Rosa-Luxemburg-Stiftung in
Dakar.

ndongo.sylla@rosalux.org

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit/D+C Development and
Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Demokratiefeindlich

Die Londoner Financial Times (FT) ist meine Lieblingszeitung, weil meist sowohl ihre Fakten als auch ihre Analysen stimmen. Im Februar erschien auf ihrer Meinungsseite ein enttäuschendes Porträt des Silicon-Valley-Milliardärs Peter Thiel.

Geschrieben haben es Richard Waters und Lauren Fedor. Ihnen zufolge ist Thiel intellektuell faszinierend und vermutlich gar nicht der gefährliche rechtslastige Strippenzieher, für den ihn seine Kritiker halten. Ihre Analyse leidet aber darunter, dass sie auf wichtige Kritikpunkte gar nicht eingehen.

Sie unterschlagen beispielsweise ein prominentes Zitat. „Ich glaube nicht mehr, dass Demokratie und Freiheit vereinbar sind“, bekundete Thiel schon 2009. Sein Aufsatz konstatierte, Mehrheiten neigten dazu, die Freiheit superreicher Menschen zu beschränken. Er bezog das auf Investoren, die neue Techniken entwickeln und anwenden.

Grundsätzlich dürfen in einem journalistischen Portrait anonyme Quellen vorkommen. Hier sind es aber zu viele, und ihre Äußerungen bleiben zu vage. Ein „Thiel-Verbündeter“ meint beispielsweise, wer von Thiel ein konsistentes Weltbild erwarte, verstehe ihn nicht.

Es ist aber doch klar, weshalb Rechtspopulisten ideologische Konsistenz vermeiden. Das hilft, Doppelmoral zu verschleiern. Kein stimmiges Programm hilft Menschen, die selbst Wein trinken, aber anderen Wasser predigen.

Thiels weltanschauliche Widersprüche sind offenbar

riesig. Im Namen der Freiheit fordert er einen möglichst schwachen Staat, aber sein Unternehmen Palantir verdient viel Geld mit Dienstleistungen für intransparente Geheimdienste. Er wirft Google wettbewerbswidriges Verhalten vor, was dreist ist, weil auf Facebook ähnliche Kritik zutrifft – und an Facebook ist Thiel als Großinvestor beteiligt. Er gibt sich als gläubiger Christ, hat aber den Lügner und Ehebrecher Donald Trump öffentlich unterstützt. Normalerweise halten erfolgreiche Investoren nicht viel von Geschäftsleuten mit so vielen Pleiten und Unternehmensskandalen wie Trump.

Aktuell unterstützt Thiel den Wahlkampf von zwei rechten Senatskandidaten in den USA mit je 10 Millionen Dollar. In Ohio ist das J. D. Vance, der sich vom nachdenklichen Intellektuellen zum aggressiven Agitator gewandelt hat. Vance

tut so, als kämpfe er für das Volk gegen Eliten – und braucht dafür die Großspende eines Milliardärs, dessen Hauptanliegen der Schutz Superreicher vor staatlicher Regulierung ist. Unter Republikaner in den USA ist so etwas allerdings nicht ungewöhnlich.

Es passt ins Bild, dass Thiel Österreichs skandalgeplagten Ex-Kanzler Sebastian Kurz als Konzernberater eingestellt hat. Kurz musste wegen Korruptionsermittlungen von allen politischen Ämtern zurücktreten. Unklar ist, was Thiel sich von Kurz erhofft. Möglicherweise signalisiert er nur anderen Personen in Spitzenpositionen, sie sollten moralische Standards und Verfassungsnormen nicht allzu ernst nehmen – er sei für jene da, die in seinem Sinne agieren.

Bezeichnenderweise ist Thiel nicht dafür bekannt, sich im Aufsichtsrat von Facebook (jetzt „Meta“) für faktenbasierten, rationalen Diskurs in sozialen Medien eingesetzt zu haben. Es hat ihn wohl nicht

gestört, dass Algorithmen Lügen und Verschwörungstheorien beschleunigen. Wenn Tech-Investoren das Sagen haben, nutzen sie nun mal die Freiheit, Einfluss darauf zu nehmen, wer sich mit wem austauscht – und worüber. Das ist ziemlich wenig für jemand, der stolz auf sein Philosophiestudium ist und laut FT gern „konventionelles Denken“ infrage stellt. Dem FT-Paar reicht das aber, und es teilt uns zugleich mit, das Interesse „an Ideen“ unterscheide Thiel von anderen politisch interessierten Groß Spendern.

Thiel ist jüngst aus dem Meta-Aufsichtsrat ausgeschieden, weil er noch stärker in der Politik mitmischen will und das den Konzern nicht belasten soll. Das klingt wie eine Drohung. Weltweit und besonders in den USA brauchen wir mehr Demokratie, nicht größere Freiheiten für Superreiche (siehe Katie Cashman und Hans Dembowsky in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z 2022/01). DEM



Peter Thiel (Mitte) mit Donald Trump und Apple-Spitzenmanager Tim Cook 2017 im Weißen Haus.



Screenshot – RSF <https://rsf.org/en/news/ghana-sees-disturbing-surge-press-freedom-violations>

PRESSEFREIHEIT

Wachsender Druck

Was die Pressefreiheit angeht, erlebt Ghana zurzeit Rückschläge. Seit zwei Jahrzehnten besteht offiziell Meinungsfreiheit, aber in den vergangenen Monaten hat die Polizei mehrfach journalistisch Tätige inhaftiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind empört – und äußern das auch.

Von Dasmani Laary

2001 hob Ghana repressive Gesetze über Verleumdung und Aufwieglung zum Aufstand auf, so dass Journalisten ohne Angst vor staatlicher Repression arbeiten konnten. Nun scheint die Pressefreiheit aber wieder in Gefahr zu sein. In den vergangenen Monaten hat die Polizei immer wieder Journalisten festgenommen und in Haft behalten, nachdem kritische Berichte über Politiker und Beamte erschienen oder gesendet worden waren.

Heute nutzen staatliche Stellen das allgemeine Strafrecht und das Gesetz über elektronische Kommunikation von 2008, um Druck auf Journalisten zu machen. Beide Gesetze verbieten falsche Berichterstattung. Verstöße können mit hohen Strafgeldern und bis zu drei Jahren Gefängnis geahndet werden.

Im Februar wurden abermals mehrere publizistisch und zivilgesellschaftlich akti-

ve Menschen festgenommen und angeklagt. Prominente Opfer waren beispielsweise Kwabena Bobbie Ansah, ein Moderator der Radiostation Accra FM, und Blessed Godsbrian Smart von Onua TV. Besorgniserregend war zudem die Verurteilung von Ohe-neba Boamah Bennie von Power FM zu zwei Wochen Haft und einem Strafgeld im Wert von 414 Euro. Er wurde der Missachtung der Justiz für schuldig befunden, weil er berichtet hatte, der Staatschef habe in der Auseinandersetzung über umstrittene Wahlergebnisse versucht, auf Richter Einfluss zu nehmen.

Dieser repressive Trend bedeutet für Ghana nichts Gutes. Eigentlich hat das Land einen sehr guten Ruf, was die Meinungsfreiheit angeht. Laut dem aktuellen Pressefreiheitsindex von Reportern ohne Grenzen liegt es weltweit auf Rang 30 – noch vor dem britischen Königreich (Rang 33), Frankreich (34) oder den USA (44). Die Situation ist in Ghana also sehr viel besser als in Ländern wie Simbabwe (Rang 130) (siehe Jeffrey Moyo auf Seite 20).

„WENN DIE REDEFREIHEIT STIRBT, STIRBT DIE DEMOKRATIE“

Allerdings hat die unabhängige, international tätige Media Foundation for West

Africa seit 2002 insgesamt 150 Vorfälle von Repressionen gegen ghanaische Journalisten beanstandet. In einem offenen Brief an Präsident Nana Akufo Addo warnte Exekutivdirektor Sulemana Braimah im Februar: „Es ist nicht möglich, gleichzeitig die Demokratie zu lieben und die Redefreiheit zu hassen. Wenn die Redefreiheit stirbt, stirbt die Demokratie.“

Die jüngste Verhaftungsserie zeigt, dass die Pressefreiheit in der politischen Kultur Ghanas noch nicht fest genug verwurzelt ist. Das ist für die Demokratie nicht gut, denn unabhängige Medien ziehen Behörden zur Rechenschaft. Auch sind nur von gut informierten Bürgern kluge Wahlentscheidungen zu erwarten.

Typischerweise folgte zuletzt Repression auf Berichte über Korruption. Unter anderem war der Frau des Staatschefs vorgeworfen worden, rechtswidrig Staatsboden für die Stiftung des Paares erworben zu haben.

Viele Journalisten sind empört. Willkürliche Festnahmen seien abscheulich und widersprächen den Zielen, denen die Abschaffung der Aufstandsgesetzgebung seinerzeit diene, sagt beispielsweise Emmanuel Mensah-Abludo vom öffentlich-rechtlichen Sender GBC. Wer in den Medien fälschlich beschuldigt werde, habe durchaus Mittel, um sich zu wehren. Zu den Optionen gehöre:

- eine Beschwerde bei der nationalen Medienkommission einzureichen,
- Widerruf und Entschuldigung zu fordern oder
- eine Gegendarstellung in dem jeweiligen Medien zu erzwingen.

Mensah-Abludo warnt, die jüngste Verhaftungswelle schüchtere Medienschaffende ein und beschränke ihre Fähigkeit, mächtige Personen zu kritisieren. Die schreibende Zunft werde ängstlicher, sagt er. „Das rambohafte Vorgehen widerspricht unserer Demokratie und wirft Ghana zurück in die Ära einer Kultur des Schweigens.“

Ähnlich sieht das die Journalistin Mavis Okyere. Ihrem Urteil zufolge hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig in überraschenden Krisen unabhängiger Journalismus, freie Bürgerberichterstattung und offene Debatten sind. Sie fordert, die Repression müsse enden, denn sie mache Angst.

Zivilgesellschaftlich aktive Personen trifft es auch. Ein Beispiel ist Mensah Thompson, der Exekutivdirektor der unabhängigen Alliance for Social Equity and Public Accountability. Ihm wurde Falschinformation vorgeworfen, nachdem er auf Facebook behauptet hatte, der Staatschef habe mit Verwandten zusammen im De-

zember ein Regierungsflugzeug für einen Shoppingausflug nach Großbritannien in Anspruch genommen. Danach fragte er bei Regierungsstellen nach, und als die Streitkräfte seine Aussage bestritten, zog er sie zurück und entschuldigte sich. Dennoch wurde er im Februar festgenommen.

Aus der Zivilgesellschaft gibt es scharfe Reaktionen. In einer Erklärung bezogen beispielsweise das Ghana Centre for Democratic Development, das Imani Centre for Policy and Education und das Africa Centre for International Law and Accountability gemeinsam Stellung: „Die zunehmende Nutzung von Mitteln der Strafverfolgung, um Äußerungen zu ahnden, die angeblich das Ansehen Dritter oder staatlicher Stellen belasten oder beschädigen, finden wir sehr beunruhigend.“ Im Text heißt es auch, die aktuelle Praxis entspreche der Verwendung des Verleumdungsrechts in den 1990er Jahren.

Auch der frühere Präsident John Dramani Mahama zeigt sich beunruhigt. Sich

öffentlich an den aktuellen Amtsinhaber wendend, schrieb er: „Wenn Sie nicht sofort aktiv werden, um diesen unglückseligen Trend zu stoppen, werden – so fürchte ich – Meinungs- und Pressefreiheit nicht zu ihrer Hinterlassenschaft gehören, wenn im Januar 2024 Ihre Präsidentschaft endet.“

So sieht das auch Sadibou Marong vom Westafrikabüro der Reporter ohne Grenzen. Er bezeichnet die aktuellen Repressionsfälle als „sehr besorgniserregend“, nachdem jahrelang Festnahmen von Journalisten nur seltene Ausnahmen waren. Die internationale zivilgesellschaftliche Organisation fordert Ghana auf, freie öffentliche Debatten zuzulassen und diejenigen zu verfolgen, die Journalisten und Journalistinnen das Leben schwer machen.



DASMANI LAARY
ist ein ghanaischer Journalist.

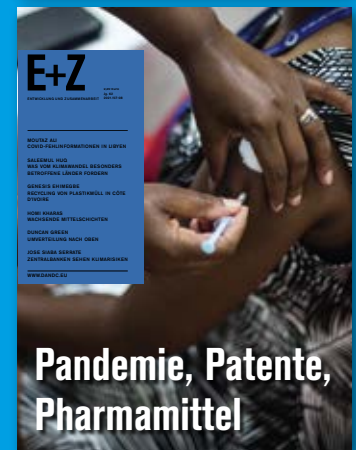
laarygna@gmail.com

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





Der simbabwische Journalist Hopewell Chin'ono im August 2020: Er wurde mehrmals verhaftet wegen „Verbreitung von Unwahrheiten“.

HAFTBEDINGUNGEN

Eingesperrt in der Hölle

In den Gefängnissen in Simbabwe herrschen menschenunwürdige Zustände. Unser Autor Jeffrey Moyo musste sie selbst erleben – denn auch um die Pressefreiheit steht es in Simbabwe schlecht.

Von Jeffrey Moyo

Die ersten Probleme gab es, als zwei Kollegen der New York Times, Christina Goldbaum und Joao Silva, am 5. Mai 2021 in Simbabwe ankamen. Nach der Landung ihres Flugzeugs in Bulawayo, der zweitgrößten Stadt Simbawes, hielt man sie stundenlang fest. Ich wartete draußen mit ihren Presseausweisen, die ich bei der Zimbabwe Media Commission (ZMC), der Aufsichtsbehörde für die Ausstellung von Presseausweisen, beschafft hatte.

Nach einer langen Verzögerung durften sie einreisen. Doch drei Tage später nahm man sie wieder fest. Die simbabwischen Behörden teilten ihnen mit, dass es Probleme mit ihrer Presseakkreditierung gebe und dass Teile der Regierung über ihre Anwesenheit in Simbabwe nicht glücklich seien. Die beiden wurden rasch ausgewiesen. In gewisser Weise hatten sie Glück. Denn dann geriet ich in den Fokus der Behörden.

Etwa drei Wochen später, am 26. Mai, erschienen drei Beamte der Anti-Terroris-

mus-Einheit der Polizei in Harare bei mir zu Hause. Sie fragten mich, warum ich das Informationsministerium umgangen hatte, um Presseausweise für die Journalisten der New York Times zu beschaffen. „Wir wollen wissen, wie Ihre Kollegen akkreditiert wurden“, sagte einer der Polizisten.

Ich hatte keine andere Wahl, als mit ihnen auf die Polizeiwache zu gehen. Dort gingen die Fragen weiter: „Wen kennen Sie bei der ZMC?“, fragten die Polizisten. „Und warum arbeiten Sie für die New York Times statt für den Herald (eine staatlich kontrollierte Zeitung)?“

Ich beantwortete ihre Fragen, musste aber trotzdem die Nacht auf dem Polizeirevier verbringen. Ich teilte mir eine Zelle mit fünf anderen Häftlingen. Es stank nach Urin. Trotz der Kälte wurde ich gezwungen, Schuhe, Socken, Hemd und Pullover ausziehen, und behielt nur meine Jacke und Hose an. In dieser Nacht schlief ich auf dem Betonboden, da alle Decken vergeben waren. Ich musste mich dicht an andere Insassen pressen, um mich aufzuwärmen.

Am nächsten Morgen brachten mich die Beamten nicht zu einer ersten Anhörung vor das Amtsgericht in Harare, sondern ins mehr als 400 Kilometer entfernte Bulawayo, wo mein Fall verhandelt werden sollte. Ebenfalls verhaftet und nach Bulawayo ge-

bracht wurde mein Mitangeklagter, Thabang Manhika, ein Mitarbeiter der ZMC, der die Presseausweise für die Journalisten der New York Times bearbeitet hatte. „Das ist gut für uns; wir werden ein Tagegeld für die Reise bekommen“, sagte einer der Polizisten zu seinen Kollegen auf der Polizeiwache.

Meine überraschende Überstellung nach Bulawayo war ein Schock für meine Frau Purity und eine Schar von Journalisten, die vor dem Gericht in Harare warteten, um über meinen Fall zu berichten. Christina Goldbaum und ein ortsansässiger Journalist, Hopewell Chin'ono, hatten die Reporter informiert.

Im zentralen Polizeirevier von Bulawayo hielt man mich mit 17 anderen Gefangenen in einer kleinen Zelle fest. Ich schlief auf einem Betonboden ohne Decken, während der Geruch von Urin und anderen menschlichen Ausscheidungen mich würgen ließ. Leider lag ich direkt neben der Toilette. Ihr Gestank war die pure Hölle.

Am nächsten Tag, dem 28. Mai, erschien ich vor Gericht in Bulawayo. Die Richterin Rachel Mukanga setzte einen Termin für eine Entscheidung über eine Kaution am 31. Mai fest und ordnete an, dass ich bis dahin im Gefängnis bleiben sollte. Am 31. Mai lehnte das Gericht eine Kaution ab und beorderte mich bis zum 10. Juni zurück ins Gefängnis.

Mukanga hatte entschieden, dass ich ein Fluchtrisiko und eine „Gefahr für die nationale Sicherheit“ darstellte. Als ich den Journalisten der New York Times mit ihrer Medienakkreditierung half, habe ich gegen das simbabwische Einwanderungsgesetz verstoßen. Sie fügte hinzu, dass Simbawes „Souveränität untergraben wurde, weil ausländische Journalisten Simbawer ohne Erlaubnis des Informationsministers interviewten“.

Meine Anwälte stellten beim Obersten Gerichtshof einen Eilantrag, mich auf Kaution freizulassen. Derweil wurde ich im Zentralgefängnis von Bulawayo inhaftiert, einer 124 Jahre alten Einrichtung. Meine Zelle teilte ich mit 25 anderen Häftlingen. Sie hatte zwei winzige Fenster, die mit rostigen Drahtnetzen abgedeckt waren. Sie war mit einer schweren Holztür gesichert. Auch hier stank es nach Urin und Fäkalien aus der innenliegenden Toilette. Dazu kam der Rauch von geschmuggelten Zigaretten, die die anderen Häftlinge rauchten.

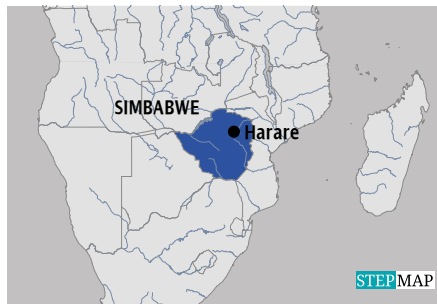
In den ersten drei Tagen hatte ich keine eigene Decke; es gab nicht genug für alle.

Ein Mitgefangener, Onias Mavunge, bot mir eine stark zerrissene und verlauste Decke an, aber ich lehnte ab und schlief unbedeckt direkt auf dem Betonboden. Leider fanden mich die Läuse trotzdem – wir kämpften Tag für Tag gegen sie. Wenn die Zellen geöffnet wurden, standen die Häftlinge draußen und versuchten, die Läuse von ihren Kleidern und Decken zu klauben. Es war aussichtslos. Oft kratzten sich die Insassen an ihren Läusebissen.

Meine Frau reiste aus Harare an, um mich zu besuchen. Über Gefängnisbeamte ließ ich sie wissen, dass ich eine Decke brauchte. Mit Hilfe meiner Anwälte erlaubte man ihr, mir eine mitzubringen.

Zum Frühstück bekamen wir einfachen Brei ohne Zucker oder Salz. Zum Mittagessen – um 15 Uhr – gab es gekochten getrockneten Spinat und anderes Gemüse sowie gekochte Bohnen ohne Salz oder Kochfett. In weniger als drei Wochen im Gefängnis von Bulawayo sank mein Gewicht von 78 auf 71 Kilogramm.

Einmal hatte ich eine unangenehme Begegnung mit einer medizinischen Gefängnisbeamtin, die mich beim Test auf



Covid-19 heftig ins Gesicht schlug. Sie war verärgert, weil ich mich auf dem Stuhl verlagert hatte.

Einer der Gefängnisbeamten bat die Insassen um Geduld. „Wir haben nicht genug Decken und unser Speiseplan lässt zu wünschen übrig“, sagte er. „Das liegt daran, dass unsere Wirtschaft nicht gut läuft. Wir hoffen, dass sich alles bessert, wenn die Wirtschaft sich erholt.“

Am 14. Juni dann erreichte mich eine Nachricht meiner Frau: Das Oberste Gericht in Bulawayo habe entschieden, dass ich gegen Kaution freigelassen werden könne. Allerdings war noch Papierkram zu erledigen.

gen. Meine Frau und mehrere Journalisten warteten in der Nacht des 14. Juni vor dem Eingang des Gefängnisses auf meine Freilassung. Aber ich musste einen weiteren Tag und eine weitere Nacht bleiben. Am Morgen des 16. Juni ließ man mich endlich frei.

Dass ich meine Freiheit zurück habe, verdanke ich den Bemühungen vieler Menschen. Meine Anwälte, Freunde und Familie haben für mich gekämpft. Die New York Times, der Toronto Globe and Mail sowie Diplomaten und Medienkollegen in aller Welt haben Druck auf die Regierung von Simbabwe ausgeübt. Andere Häftlinge, die unter inakzeptablen Bedingungen leben müssen, verfügen nicht über solche Privilegien.

Im Februar wird der Prozess gegen mich fortgesetzt. Ich hoffe, dass am Ende die Pressefreiheit siegen wird und die Behörden meine Arbeit als Journalist respektieren.



JEFFREY MOYO
ist Journalist in Harare.

moyojeffrey@gmail.com

PHILIPP SCHWARTZ-INITIATIVE

Sicherheit für gefährdete Wissenschaftler

Laut des Academic Freedom Index (AFI) leben 80 Prozent aller Menschen weltweit in Ländern, die Wissenschaftsfreiheit einschränken. Viele Forschende sind deshalb gefährdet und müssen fliehen. Die von der Alexander von Humboldt-Stiftung initiierte Philipp Schwartz-Initiative unterstützt gefährdete Wissenschaftler, um in Deutschland in Sicherheit arbeiten zu können.

Von Mareike Ilsemann

„Nach den Protesten beim Arabischen Frühling 2011 wurde die Lage in meiner Heimat zunehmend schwierig für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen“, erinnert sich

Ghanya Al-Naqeb. Die promovierte Lebensmittelchemikerin aus dem Jemen lehrte und forschte 2015 an der Universität Saana, als in ihrem Heimatland ein Mehrfrontenkrieg ausbrach. Plötzlich wurde jeder zum Feind, und an der Uni nahm die Schikane zu.

„Mitunter war ich am Arbeitsplatz völlig von Wasser und Elektrizität abgeschnitten. Außerdem erhielt ich zwei Jahre lang keinerlei Gehalt“, sagt sie. „Dann erlebte ich, wie an meiner Fakultät Wissenschaftler verschwanden. Ich hatte wirklich Angst vor dem, was mit mir geschehen könnte, ich fürchtete um mein Leben.“

Al-Naqeb gelang es, auf einer internationalen Konferenz in Washington auf

ihre Situation aufmerksam zu machen. Der emeritierte deutsche Mathematik-Professor Klaus Krickeberg wollte helfen und vermittelte die Jemenitin an Leane Lehmann, Professorin für Lebensmittelchemie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Lehmann war bereit zu helfen und bewarb sich als Mentorin gemeinsam mit Al-Naqeb um die Förderung durch die Philipp Schwartz-Initiative. „Dass es damals geklappt hat, war ein Geschenk – ein Segen Gottes für mich“, sagt Al-Naqeb.

FÖRDERMITTEL FÜR HOCHSCHULEN

Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt seit 2016 mit der Philipp Schwartz-Initiative Fördermittel an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland, die gefährdete Forschende für zwei Jahre aufnehmen. Im Rahmen einer Vollfinanzierung erhalten die gastgebenden Einrichtungen Mittel für ein Forschungsstipendium oder eine arbeitsvertragliche Anstellung. Die Humboldt-Stiftung selbst ermöglicht jährlich über 2000 Forscher aus aller Welt

einen wissenschaftlichen Aufenthalt in Deutschland.

Die Initiative ist nach dem österreichischen Pathologen Philipp Schwartz benannt, der Professor in Frankfurt war. Er wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 aufgrund seiner jüdischen Wurzeln fristlos aus dem Universitätsdienst entlassen. Schwartz floh in die Schweiz, wo er die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland gründete. Deren Ziel war es, verfolgten Forschenden Arbeitsplätze im Ausland zu vermitteln. Die

Deutschland gegründet, haben aber ausgerechnet aus Deutschland noch immer keine substanzielle Unterstützung erfahren.

Als 2015 Hundertausende Geflüchtete Deutschland erreichten, darunter auch viele Akademiker und Forschende, gelang es mit der Unterstützung des Auswärtigen Amtes innerhalb weniger Monate, ein komplettes Programm anzubieten. Im Juni 2015 verkündete der damalige deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, die Gründung der Philipp Schwartz-Initiative auf der Jahrestagung der Humboldt-Stiftung in Berlin.

gut ins Team aufgenommen und war sehr dankbar für die Möglichkeit, meine eigene Forschung in Deutschland fortsetzen zu können.“

Entscheidend war, dass das Auswärtige Amt und der Deutsche Bundestag die Philipp Schwartz-Initiative im Herbst 2018 in ein dauerhaftes Programm umwandelten. Die Unterstützung im Parlament war parteiübergreifend. So wurde Deutschland zu einem zentralen Anwalt für gefährdete Forschende. Es leistet nun den zuvor fehlenden nationalen Beitrag zur Unterstützung gefährdeter Forschender.

BERUFLICHE PERSPEKTIVE

Die Hoffnung, dass vielen Geförderten nach einigen Jahren eine Rückkehr in die Heimat möglich sein wird und sie dort zum Wiederaufbau beitragen könnten, erfüllte sich leider nicht. Deshalb vermittelt die Schwartz-Initiative nun auch dauerhafte Lösungen mit permanenten Arbeitsverträgen.

So haben mehr als 66 Prozent der ehemals Geförderten direkt im Anschluss eine Folgeanstellung gefunden. Die Lebensmittelchemikerin Ghanya Al-Naqeb konnte wegen des andauernden Bürgerkriegs nicht in ihre Heimat zurückkehren. Aber dank der Kontakte, die sie während ihrer Zeit in Deutschland knüpfte, war sie mit einer Bewerbung an der Universität Trient in Norditalien erfolgreich, wo sie heute noch forscht und lehrt.

Die Initiative hat auch international Aufmerksamkeit erregt. So hat beispielsweise das Collège de France nach dem Vorbild der Schwartz-Initiative ein eigenes Förderprogramm aufgelegt. Beide Programme sind nun an Inspireurope beteiligt, einem EU-Projekt, das zehn Einrichtungen aus neun europäischen Ländern miteinander verbindet, um gefährdete Forscher zu fördern.

LINK

Philipp Schwartz-Initiative:

<https://www.humboldt-foundation.de/bewerben/foerderprogramme/philipp-schwartz-initiative>



MAREIKE ILSEMANN

ist Pressereferentin bei der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Schwartz-Initiative@avh.de



Die aus dem Jemen stammende Forscherin Ghanya Al-Naqeb.

Organisation half mehreren Hundert vertriebenen Forschenden.

In der Humboldt-Stiftung hatte man sich schon länger mit der Frage nach der Unterstützung verfolgter Forschender befasst – auch aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands. So bestanden Kontakte zu Förderorganisationen wie dem in New York ansässigen Institute of International Education's Scholar Rescue Fund (IIE-SRF), dem internationalen Netzwerk Scholars at Risk Network (SAR) und zum britischen Council for Assisting Refugee Academics (CARA). Diese Organisationen wurden teilweise als Antwort auf politische Verfolgung im nationalsozialistischen

Mittlerweile sind in 10 Auswahlrunden 330 Fellows für eine Unterstützung durch die Initiative ausgesucht worden. 97 deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben die Rolle der Gastgeberin übernommen. Ghanya Al-Naqeb musste vier Monate auf ihr Visum warten, bis sie über den Sudan ausreisen und in Würzburg 2017 ihre Arbeit fortsetzen konnte.

„Ich habe einen Deutschkurs besucht und parallel im Labor der Hochschule mit den Pflanzen weitergearbeitet, die ich aus dem Jemen mitgebracht habe“, erklärt sie. Die Sprachbarriere und die Arbeit in einem hoch entwickelten Labor seien eine Herausforderung gewesen. „Gleichzeitig wurde ich

PRESSEFREIHEIT

Hunderte Journalisten in Haft

Mehr Medienschaffende als je zuvor sitzen aufgrund ihrer Arbeit im Gefängnis, wie die Organisation Reporter ohne Grenzen berichtet. Für den Anstieg sind vor allem drei Länder verantwortlich.

Von Jörg Döbereiner

Journalistinnen und Journalisten sind in vielen Ländern großen Gefahren ausgesetzt: Im vergangenen Jahr wurden 65 von ihnen entführt und 46 getötet. Zwei verschwanden spurlos. Insgesamt 488 Medienschaffende saßen zum Jahresende wegen ihrer Arbeit im Gefängnis. Diese Zahlen berichtet die Organisation Reporter ohne Grenzen (Reporters sans frontières – RSF) in ihrer Jahresbilanz der Pressefreiheit 2021.

RSF hat nach eigenen Angaben noch nie so viele inhaftierte Journalistinnen und Journalisten verzeichnet – rund 100 mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ist laut RSF hauptsächlich auf drei Länder zurückzuführen: Myanmar, Belarus und China. In Myanmar putschte das Militär im Februar 2021 (siehe Beitrag von Katja Dombrowski in der E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2021/03). Die Zahl der inhaftierten Medienschaffenden stieg daraufhin deutlich an, auf insgesamt 53. Im Vorjahr waren es zwei. In Belarus führte die umstrittene Wiederwahl des Machthabers Alexander Lukaschenko zu Protesten. Dort sind es 32 Inhaftierte gegenüber sieben im Vorjahr.

In China hat die Kontrolle Pekings über Hongkong zugenommen, insbesondere mittels des 2020 verabschiedeten sogenannten Sicherheitsgesetzes. Mindestens zehn Medienleute seien in der Folge inhaftiert worden, so RSF. China ist auch das Land mit den meisten inhaftierten Journalistinnen und Journalisten überhaupt (127) in der Jahresbilanz der Pressefreiheit. Es folgen Myanmar (53), Vietnam (43), Belarus (32) und Saudi-Arabien (31).

Dem Bericht zufolge wurden 30 Medienschaffende wegen ihrer Arbeit vorsätzlich getötet, 16 weitere kamen in Ausübung ihrer Tätigkeit ums Leben. Die Gesamtzahl der Toten von 46 ist laut RSF die niedrigste

seit fast zwei Jahrzehnten. Dies liege vor allem daran, dass sich die Lage in den Kriegsgebieten in Syrien, Irak und Jemen stabilisiere. Zu den vorsätzlich Getöteten zählen auch vier Frauen: die afghanischen Journalistinnen Shahnaz Roufi, Saadia Sadat und Mursal Vahidi kamen bei Anschlägen ums Leben, zu denen sich die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bekannte. Die jemenitische Reporterin Rascha Abdallah al-Harazi wurde in der Stadt Aden mit einer Autobombe umgebracht.

GEFÄHRLICHES MEXIKO

Das Land mit den meisten getöteten Medienschaffenden ist allerdings kein Kriegsgebiet: Mexiko belegt diesen Platz im dritten Jahr in Folge, mit sieben Toten. In Gefahr seien insbesondere Lokaljournalisten, die über heikle Themen wie organisierte Kriminalität berichten, so RSF. „Da die Täter oft völlige Straffreiheit genießen und mutige politische Reformen seit Jahren ausbleiben, dreht sich die Spirale der Gewalt in Mexiko immer weiter“, heißt es im Report. Allein im Januar 2022 wurden in Mexiko vier weitere Medienleute umgebracht.

RSF führt in dem Bericht exemplarisch mehrere Fälle gravierender Verletzungen der Pressefreiheit und der Menschenrechte auf. Beispielsweise sitzt der schwedisch-eri-

treische Journalist Dawit Isaak gemeinsam mit seinen Kollegen Seyoum Tsehaye und Temesgen Gebreyesus seit mehr als 20 Jahren in Eritrea in Haft – unter menschenunwürdigen Bedingungen, wie RSF berichtet. Isaak habe nie seine Familie oder einen Anwalt sehen dürfen und sei in Isolationshaft gehalten worden.

In Vietnam hielten Behörden die Journalistin Pham Doan Trang mehr als ein Jahr lang ohne Kontakt zur Außenwelt fest, bevor sie wegen „Propaganda gegen den Staat“ zu neun Jahren Haft verurteilt wurde, wie RSF berichtet. Pham Doan Trang hatte 2019 den RSF-Press-Freedom-Award für besonders wirkungsvollen Journalismus gewonnen.

Die längste Haftstrafe unter allen Medienschaffenden – 175 Jahre – droht laut RSF dem bekannten Internetaktivisten Julian Assange. Er deckte auf der von ihm gegründeten Plattform Wikileaks US-Kriegsverbrechen auf. Die USA werfen ihm Spionage vor. Derzeit sitzt Assange in einem Hochsicherheitsgefängnis in London, seine mögliche Auslieferung an die USA beschäftigt die britischen Gerichte.

LINK

Reporter ohne Grenzen: Jahresbilanz der Pressefreiheit 2021.

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/jahresbilanz/2021>



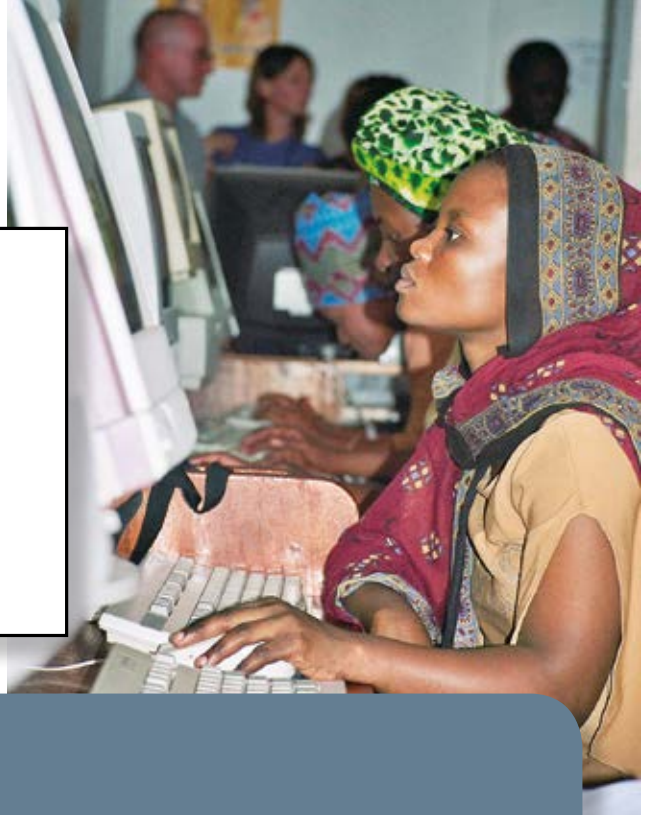
JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation

euz.editor@dandc.eu



Fotos ermordeter Medienschaffender hängen im Januar 2022 als Form des Protests vor dem mexikanischen Innenministerium in Mexiko City.

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Über E+Z: Pilot-Aktoren: Digitales Monatsarchiv: Beitragende: Impressum | English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

SUBSAHARA-AFRIKA MENA SÜDASIEN SÜDOSTASIEN LATEINAMERIKA BLOG

Suche

CROP DIVERSITY
Seeds of prosperity



Digitale Monatsausgabe



27.02.2022 - von Thery Rodriguez
In Rio, the price of a safe home is very high



14.02.2022 - von Kees Dierbosch
Putins Politik ist paranoid – und imperialistisch

Aktuelle Blog-Beiträge

- Erinnerung schützt
- To promote democracy, Biden should lead by example

Folgen Sie uns

